

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 9. August 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wochentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7892.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 netze oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 6 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.
 Kernsprescher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Quittung.

Im Monat Juli gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:
 Augsburg, H. 20.—, Kachen, K. S. durch Fr. in S. 100.—,
 Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 100.—, 3. Kreis 300.—,
 4. Kreis Osten 1500.— (darunter 40 M., damit es besser
 werde), 4. Kreis Südosten 1080.— (darunter „Südost“ 80 M.),
 6. Kreis Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen 450.— (darunter
 ehrlicher Seemann Aderstraße, ameril. Kult. 6,40, von den Arbeits-
 willigen von der Panke, ameril. Kult. 6,50, Kairo 3,50), 6. Kreis
 Prenzlauer 190.—, 6. Kreis Wedding und Oranienburger Vorst. 550.—
 (darunter Dr. A. F. 101 4.—), Berlin, div. Beiträge: K. auf
 Pisten 58,05, Vierprozentige durch Weber 1,57, Ohne Zwang
 100.— (darunter Dampferpartie 46,20), Dr. L. A. 100.—,
 Von Schirmweibern der Firma A. B. 3,70, Rote Vahnbinder, Grün-
 straße, 6.—, Arbeiter von Schuster u. Vär 17,80, Stereotypenre-
 des „Vorwärts“ 10.—, Gutenberg 200.—, Kupferkolonne Siefert 3.—,
 Cigarrenfabrik A. Schulze, Friedrichsbergstr. 21, 10,80, G. S. A. G.
 Brunnensfr. Feld 0,17.—, A. V. 50.—, P. S. 50.—, Vant-Wilhelmshafen
 d. S. 99.—, Wern 50.—, Burgstadt, v. Personal d. „Volksstimme“ d. d.
 Votr. 38.—, Bremerhasen, aus den Unterwesertorten 30.—, Bern-
 burg 10.—, Coburg, durch den Votr. 25.—, Cassel, gesammelt
 auf einer Holzarbeiter-Partie 2.—, Dresden, 5. sächs. Reichstags-
 Wahlkr. d. O. 100.—, Döbeln, V. C. altes Pulver 10.—, Dortmund-Hörde,
 Wahlkr. d. d. Kreisvotr. 100.—, Delmenhorst, neuer Gardist d. R. 4,50,
 Elbing, Arbeiter der Schulzischen Werkstatt 3,50, Hallenberg
 (Oberstl.) 2.—, Frankfurt a. M., von den Holzmännern, Ueberschuh
 einer Sammlung durch G. 6,10, Jorchheim, von den Genossen
 10.—, Freiburg, von babischen Genossen 20.—, Finster-
 walde 10.— (darunter Hochzeit bei R. 3.—), Greiz, Wahl-
 kreis Neuf a. 2. 50.—, Gießen, E. A. 10.—, Gotha, vom
 Votr. 100.—, Gafeldt, von den Genossen 10.—, Hannover 1000.—,
 Hanau, Wahlkreis Hanau-Gelnhausen 500.—, Hamburg, im Monat
 Juli in der Expedition des „Echo“ eingegangen 167,85, Hamburg,
 Cigarrenfabrik Otto, St. Pauli 20.—, Hildesheim, durch den
 Vertrauensmann vom aufgelösten Bauverein 1000.—, Kossau,
 von den Parteigenossen 100.—, Marburg, von den Vaterlands-
 lösen 20.—, München, Waldläufer 5.—, München, von
 den Parteigenossen 1000.—, Nürnberg, socialdemokratische Partei
 Niederbayerns 500.—, Ottenen, durch E. L. 90.—, Ober-
 langensielau, v. d. Arbeitern aus dem Sulengebirge 100.—, Offen-
 bach-Dieburg, Wahlkreis 100.—, Quedlinburg, 2. u. 3. Quartal 1899
 durch A. T. 50.—, Randow-Gröfenhagen, Wahlkreis 250.—,
 Rochlitz i. S., von einer Hochzeit 3,10, Stuttgart, G. II. 10.—,
 Sorau, von Parteigenossen 30.—, Spremberg, von den Genossen 50.—
 (darunter Reichshof 10.—), Ufingen-Hochst-Homburg, Wahlkreis,
 durch den Vertrauensmann 25.—, Wald bei Solingen, durch
 den Vertrauensmann 25.—, Württemberg 100.—, Weissenfeld, von
 den Genossen 50.—, Wiesbaden, Ueberschuh der aufgelösten Har-
 monie 70.—

Berlin, den 8. August 1899.

Für den Parteivorstand:
K. Gerlich, Kassabührer.

Noch eine Stimme für die Koalitionsfreiheit!

Der Nachfolger auf dem Lehrstuhle der Nationalökonomie Lorenz von Steins an der Wiener Universität, Eugen von Philippovich, war früher Professor an der badischen Universität Freiburg und dort der Führer der nationalliberalen Partei. Von ihm ist soeben ein neues Buch*) erschienen, in dem er sich an verschiedenen Stellen über Gewerkschaften, Koalitionsfreiheit und verwandte Fragen ausdrückt. Weniger um unsere Leser zu belehren als um zu zeigen, wie verständige Bourgeois urteilen und dadurch unsere Gegner zu belehren, wollen wir die Ansichten Philippovichs, soweit sie im Zusammenhang mit der Zuchtlausvorlage stehen, hier vorführen.

Philippovich erklärt sich theoretisch für die Gewährung der Koalitionsfreiheit an die ländlichen Arbeiter, wenn er sich auch vor allem wegen des zerstreuten Wohnens, des Mangels an Verkehr nicht viel von ihnen verspricht und die Ergebnislosigkeit der Bestrebungen der englischen Landarbeiter, sich zu organisieren, für diese Auffassung ins Feld führt.

Ueber die Berechtigung des Koalitionsverbotes äußert er sich folgendermaßen:

„Mit dem Aufhören der obrigkeitlichen Fixierung der Bedingungen des Arbeitsverhältnisses schwindet diese Rechtfertigung (die Koalitionen zu verbieten) und nun sucht man durch längere Zeit das Verbot der Koalition damit zu begründen, daß man sie als ein Hindernis der individuellen Freiheit bezeichnet, welche allein die Grundlage aller wirtschaftlichen Verträge bilden sollte. . . . Aber dieser Standpunkt läßt sich nicht aufrecht erhalten. Den Unternehmern gegenüber kann das Verbot nicht durchgesetzt werden, weil sie, gering an Zahl und zu vielerlei gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zwecken verbunden, es immer umgehen können, wenn sie wollen, und es widersteht daher der Gerechtigkeit, gerade den Arbeitern das Nachmittel zu verweigern, das man den Unternehmern lassen muß. Sodann hat sich immer mehr die Ueberzeugung entwickelt, daß es im gesellschaftlichen Interesse gelegen ist, wenn die Lage der Arbeiter, der großen Mehrzahl der Bevölkerung, nicht verschlechtert, sondern verbessert wird, und daß die isolierten Arbeiter unfähig sind, sich der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu erwehren, wie sie der Konkurrenzkampf der Unternehmer mit seiner Tendenz, die Produktionskosten herabzudrücken, mit sich bringen muß, oder Vorteile zu erlangen, wie sie bei günstigen Geschäftsergebnissen möglich wären.“

*) Grundriß der politischen Oekonomie, II. Band: Volkswirtschafts-polit. Erster Teil.

„Der Grundsatz der Koalitionsfreiheit kann heute nicht mehr angefochten werden. Die rein individualistische Auffassung der Volkswirtschaft ist auf allen Gebieten durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt worden und gerade das Unternehmertum hat in zahlreichen Organisationen den Beweis für die Notwendigkeit einer Einschränkung der individuellen Konkurrenz geliefert. Die Koalitionen der Unternehmer sind eine regelmäßige Erscheinung und werden vom Staate weder vereinsge-
 liche, noch polizeilich verfolgt; ja der von Unternehmern gegen den Einzelnen, der sich ihrer Vereinbarung nicht anschließen will, ausgeführte Zwang ist sogar viel stärker als der, den streikende Arbeiter gegen arbeitswillige Personen auszuüben vermögen, ohne daß der Staat bei den Unternehmern eingriffe; so bei der wirtschaftlichen Vernichtung der „Outsiders“ durch ein Kartell, bei Sperrung der geschäftlichen Verbindungen mit solchen Firmen, welche sich einem Kartelle nicht anschließen wollen. Es liegt in einer ver-
 schiedenen Behandlung der Koalitionen der Arbeiter bei Ver-
 folgung ihrer Interessen als Warenverkäufer und der der Unter-
 nehmer in dem gleichen Falle eine so klare Einseitigkeit und un-
 gerechte Behandlung der Arbeiterschaft vor, daß daraus nur die
 bedauerlichsten Folgen für die sozialen Beziehungen der Arbeiter
 zu den Unternehmern und für ihre Stellung zum Staate folgen
 können. Es kann nicht stark genug betont werden, daß der
 Staat, dessen Beruf es ist, in den Klassenkämpfen der Gegenwart
 vermittelt einzutreten, durch eine solche einseitige Parteinahme
 die Leidenschaft schürt, statt sie zu mäßigen.“ . . . Wo man
 das Arbeitsverhältnis ganz der Sphäre der privaten „Ueberein-
 kunft“ zwischen Unternehmern und Arbeitern überläßt, darf man
 nicht aus einem behaupteten öffentlichen Interesse eine Forderung
 ableiten, welche die Stellung der Arbeiter zu verschlechtern ge-
 eignet ist.“

„Mit der Anerkennung der Koalitionsfreiheit ist von selbst
 auch das Recht zur Einstellung der Arbeit gegeben. Die Nichtannahme oder Nichtfortsetzung der Arbeit ist ja schon
 nach dem Grundsatz des freien Arbeitsvertrages das Recht jedes
 Einzelnen. Ein besonders bei lebhafter Arbeiterbewegung und
 Zunahme der Koalitionen häufiger Fall ist aber der,
 daß Arbeiter vor Vollendung der Arbeitszeit, für welche
 sie einen Arbeitsvertrag abgeschlossen haben, oder vor Beginn einer
 vertragmäßig übernommenen Arbeit in den Auslande treten, also
 kontraktbrüchig werden. . . . Alle Rechtsmittel und alle
 moralischen Mittel, durch welche sich der Vertragsbruch
 vermeiden läßt, sind zu unterlassen; allein die straf-
 rechtliche Behandlung des Arbeitsvertragsbruches
 ist eine Anomalie, da der Arbeitsvertrag heute ein
 privatrechtlicher Vertrag ist, von den Gewerbe-Ordnungen
 grundsätzlich als solcher behandelt wird und nirgends aus dem
 Bruch eines privatrechtlichen Vertrages etwas anderes als Haftung
 und Ertrag des Schadens gefordert wird. Wieder ist es eine
 schwere Verletzung der Gleichberechtigung,
 wenn gerade der Arbeiter zur Einhaltung seines Vertrages auch
 noch durch das Strafgesez gezwungen werden soll, während
 den Unternehmer sogar bei Verletzung desselben Arbeits-
 vertrages, z. B. durch Nichtzulassung zur Arbeit, Nichtgewährung
 des vereinbarten Lohnes, der vereinbarten Art der Arbeit usw., nur
 eine bloß zivilrechtliche Entschädigungspflicht trifft. Es ist
 ferner zu beachten, daß, wie die Erfahrung lehrt, es in sehr vielen
 Fällen schwierig ist, festzustellen, welches der Inhalt des
 Arbeitsvertrages ist, so daß oft erst nach einer juristischen Auslegung
 willkürlicher oder angennommener Vertragsbestimmungen festgelegt
 werden kann, daß eine sofortige Aufhebung der Arbeit dem
 Vertrage nicht entsprechen habe. Es sträubt sich aber jedes Rechts-
 gefühl dagegen, einen Strafsakt erst aus der feinen juristischen
 Auslegung eines privatrechtlichen Vertrages entstehen zu lassen.
 Mit demselben Rechte müßte auch eine Bestrafung der zahlreichen
 Vertragsverletzungen gefordert werden, welche im Gebiete des
 Warenverkehrs vorkommen, wo durch Nichtlieferung oder nicht
 rechtzeitige Lieferung oder andere als vertragmäßige Lieferung von
 Waren oft dem anderen Kontrahenten ein empfindlicher Schaden
 zugefügt wird, während beim Kontraktbruche des Arbeiters in den
 meisten Fällen nicht einmal das Entstehen eines Schadens nachgewiesen
 werden kann. In den wenigen Fällen, in welchen etwa von einer
 ernsthaften Schädigung durch den unvorhergesehenen Austritt der
 Arbeiter aus der Arbeit gesprochen werden kann — beim Massen-
 streik — ist aber tatsächlich die Durchführung der Kontraktbruch-
 strafe nicht möglich. Es wird daher mit vollem Rechte die Ver-
 strafung des Kontraktbruchs der Arbeiter von der überwiegenden
 Mehrheit aller Volkswirte und Rechtspolitiker abgelehnt. Ein
 Fortschritt des Rechtsbewußtseins wird dadurch nicht erzielt;
 vielmehr trägt dazu alles bei, was in den Arbeitern das Gefühl,
 mit den Unternehmern gleichberechtigte Kontrahenten zu sein,
 weckt und stärkt, insbesondere die Unterstützung aller Organi-
 sationen der Arbeiter, welche ihnen allein die Fähigkeit geben, den
 Unternehmern gegenüber mit gleicher Macht aufzutreten.“

In längeren Ausführungen weist dann Philippovich nach,
 daß das Recht zu streiken ohne ständige ge-
 werkschaftliche Organisation wertlos sei. Die Gegner der Gewerkschaftsbewegung, soweit ihnen die
 Fähigkeit zum Lernen noch nicht ganz abhanden gekommen ist,
 könnten aus dem ruhig abzuwendenden, das sachliche Gebiet nicht
 verlassenden Darlegungen viel lernen.

Unsere Leser wird vor allem interessieren, wie sich
 Philippovich über den „Terrorismus der Gewerkschaften“
 äußert. Er schreibt:

„Sobald ein Gewerbeverein einige Ausdehnung gewonnen hat,
 wird der Eintritt zu ihm für die Arbeiter desselben Gewerbes tha-
 tächlich zur Notwendigkeit; denn der Gewerbeverein kann, wenn er
 nicht der Gefahr entgegen gehen will, durch Nichtmitglieder unter-
 boten zu werden, sobald er stark genug ist, seine Forderungen durch-
 zusetzen, nicht davon abgehen, zu verlangen, daß Nichtgewerkschaftler
 nicht beschäftigt werden. Aus diesem Zwang erfolgt häufig für
 den einzelnen Arbeiter mancherlei Unannehmlichkeit; ja sogar
 existenzliche Sorge. Z. B. bei einem von ihm nicht gebilligten Streik,
 der ihn in eine Notlage bringt. Allein die Arbeiter haben
 eben keine Wahl, als die, die früheren Uebel auf
 sich zu nehmen, welche mit der individuellen Freiheit
 verbunden sind oder aber sich damit zu begnügen, ein mit-
 bestimmender Teil einer größeren Menge zu

sein, in welcher, um im Interesse aller vorzugehen, das
 Interesse einzelner manchmal nur unvollkommen gewahrt
 werden kann. Eine starke Unterdrückung der Minderheit ist ja
 doch nie wahrscheinlich, weil jeder Gewerbeverein mit der Gefahr
 des Abfalles der Mitglieder rechnen muß. Gewiß werden
 auch Erfolge, welche die Gewerbevereine zu erzielen vermögen, die
 Nachteile des Zwanges aufwägen. Diese Erfolge liegen: 1. in der
 Verbesserung der Arbeitsbedingungen, entsprechend den sorgfältig
 geprüften Verhältnissen der Arbeiter selbst; 2. in der Sicherheit,
 daß man eine solche durch Koalition erreichte Ertragskraft auch
 festhalten könne; 3. in der Sicherheit, die der Gewerbeverein durch
 seine Kontrolle dafür gewährt, daß etwaige gesetzliche Verfügungen
 zu Gunsten der Arbeiter auch eingehalten werden; 4. in der
 Hebung des Selbstbewußtseins der Arbeiter, die in einem großen
 und starken Vereine einen Mächhalt für gerechte Forderungen finden
 und in der Erziehung zur Selbstverwaltung zur Lösung schwieriger
 Aufgaben, wie die der Organisierung von Menschen, der Leitung
 von verteidigten Angelegenheiten, der verantwortlichen Vertretung
 großer Interessen, und in der sich daraus ergebenden Verbreitung von
 Kenntnissen und Fähigkeiten, welche sonst nur den oberen Klassen
 zu erwerben möglich ist; diese letztere Wirkung der Arbeit in den
 Berufsorganisationen der Arbeiter ist für die Fortbildung der
 ganzen Gesellschaft von der allergrößten Wichtigkeit; denn dadurch
 wird eine neue Klasse befähigt, an der Verwaltung öffentlicher
 Angelegenheiten teilzunehmen und verhindert, daß diese einen
 einseitigen Klassencharakter erhält und nur im Interesse gewisser
 Gruppen der Gesellschaft geführt wird.“

Auch die in Deutschland aktuelle Frage der Wirkungen
 der Gewerkschaften auf das Unternehmertum
 behandelt der Wiener Professor in bemerkenswerter Weise:

„Zu der That haben die Gewerbevereine immer mehr
 Gebiete für ihre Mitbestimmung in Anspruch genommen, welche
 die Unternehmer als ihre eigene Herrschaftssphäre anzusehen ge-
 wohnt waren; denn da die Arbeitsbedingungen immer durch die
 vom Unternehmer bestimmten Arbeitsprojekte und an den Eigen-
 tumsobjekten der Unternehmer fixiert werden, so ist jedes Mit-
 sprechen der Arbeiter bei Feststellung der Arbeitsbedingungen zu-
 gleich eine größere oder geringere Einschränkung der Willenssphäre
 des Unternehmers. Allein dies ist nicht zu vermeiden, da es sich
 ja um einen zweiseitigen Vertrag handelt und Leben, Gesundheit,
 geistiges und körperliches Wohlbefinden, kurz die ganze Natur des
 arbeitenden Menschen durch die Bedingungen, unter denen er
 arbeitet, beeinflusst werden. Es ist menschlich, daß hierbei
 seitens der organisierten Arbeiter manchmal unbedachte und
 übertriebene Forderungen gestellt und schwächere Unter-
 nehmer in eine Zwangslage gebracht werden; aber es
 ist bis jetzt noch kein Fall nachgewiesen, in dem diese
 Mitwirkung der Arbeiter bei der Festlegung oder Auslegung des
 Arbeitsvertrages eine Industrie geschädigt oder zu Betriebs-
 einstellungen oder Verringerung der Produktion geführt hätte. Im
 Gegenteil sind jene Industrien, welche über eine wohl-
 organisierte Arbeiterschaft verfügen, stets auch die leistungs-
 fähigsten.“

Wir unterschreiben nicht alles, was Philippovich über die
 Gewerkschaften schreibt, uns scheint es aber in diesem Augen-
 blick nicht als eine notwendige Aufgabe, über seine Auffassung
 des Staates als einer über den Klassen stehenden Organi-
 sation zc. zu diskutieren; wir haben nur zeigen wollen, wie
 einer der angesehensten Vertreter der bürgerlichen National-
 ökonomie in der Zeit des Zuchtlauskurzes über die Aufgaben
 und Leistungen der Arbeiterorganisationen urteilt.

Für das Scharfmachervolk wird freilich damit auch ein
 ehemaliger Wortführer der badischen Nationalliberalen jede
 wissenschaftliche Autorität verloren haben, sie werden sich eben
 resigniert mit der Autorität ihres Plantagen-Weinstern be-
 gnügen.

Für den Grafen Posadowsky dürfte ein Polizeibericht
 über die Klosettporrie von Posemudel von viel größerem
 Werte sein, als die gründlichsten nationalökonomischen Unter-
 suchungen. Uns dünken aber gerade heute die oben mit-
 geteilten Auszüge aus dem Buche Philippovichs als ein Mittel
 der Aufklärung für diejenigen, welche noch nicht alle Fähigkeit
 verloren haben, nachzudenken. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. August.

Konservativ-agrarische Beklemmungen.

Vor wenigen Tagen noch trugen die „Deutsche Tages-
 zeitung“ und die „Kreuz-Zeitung“ in der Kanalfrage große
 Siegesgewißheit zur Schau; je näher aber der Entscheidungs-
 termin heranrückte, je mehr häuften sich in den Auslassungen
 der konservativen Presse über die Kanalvorlage die resignierend-
 elegischen Töne. Die agrarisch-konservative Opposition gegen
 das Mittellandkanal-Projekt hat in den ministeriellen Kreisen
 gute Verbindungen, und es scheint, als wenn sie heraus-
 gefunden hat, daß die Regierung doch auf die Annahme der
 Vorlage größeres Gewicht legt, als man nach dem sonderbaren
 Verhalten einiger Minister annehmen zu können glaubte.
 Besonders spricht die plötzliche Entscheidung des
 Kaisers, nun doch selbst die Einweihung des
 Dortmund-Ems-Kanals vorzunehmen, und
 die Verlegung seines Besuchs in Dortmund auf
 den 11. August, also einige Tage vor der zweiten
 Lesung der Kanalvorlage im preussischen Abgeordneten-
 haufe, dafür, daß der Kaiser selbst hinter der Vor-
 lage stehen bleibt und eine Abstimmung gegen den Mittel-
 landkanal deshalb von ihm über vermehrt werden könnte.
 Solche Gunstverschönerung an höchster Stelle ist denn doch
 manchem der Herren, der Karriere machen möchte, die
 Sache nicht wert, und so hat denn schon am Sonntag in
 seiner Vorausahnung oder Bitterung der kommenden

Dinge die „Kreuz-Zeitung“ mit einem Male entdeckt, daß die Kanalvorlage konservativereits grundfänglich nicht zur Fraktions-Angelegenheit gemacht worden sei, sondern daß jedem Mitgliede freistünde, nach seiner Ueberzeugung zu stimmen. Selbst in der recht-agrarischen Presse ist von einer stillen Ablehnung nicht mehr die Rede; alles, wofür sie eintritt, ist nur noch Vertagung des Kanalprojekts auf spätere Zeit, wobei sie zur Begründung dieser Forderung alle möglichen Register zieht. Der bayrische Stuhhandel, wie das Vorgehen der belgischen Genossen; alles muß dazu herhalten, der Regierung zu Gemüte zu führen, daß sie doch unmöglich von dem Centrum die Unterstützung annehmen könne, die sie bei der konservativen Fraktion nicht findet. So heißt es z. B. in einem gar weitläufigen Artikel der soeben erst erschienenen „Konservativen Korrespondenz“:

„Es wäre auch wahrlich nicht der schlechteste Gedanke, in dieser Session die Lösung der Kanalfrage aufzugeben. Insofern wäre es doch auch für die Regierung sicher nicht, wenn die Kanalvorlage nur aus tatsächlichen Gründen mit Hilfe von Centriumsabgeordneten, die vielleicht — falls nicht Partei-Interessen misprägen — auf der Seite der Kanalgegner zu finden wären, durchgedrückt werden müßte. Ein rechtzeitigiger Schluß der Session nach Fertigstellung der Justizgesetze würde unserm Landtags das beste sein, um der fatalen Situation ein Ende zu machen; denn daß die Regierung im Ernst daran denken könne, im Fall der Ablehnung des Gemeindevahlrechts durch eine Mehrheit im Herrenhause, zu der auch die meisten Vertreter der Großstädte zählen würden, und damit der Kanalvorlage im Abgeordnetenhause zur Auflösung zu schreiten, um einen missichtlosen Wahlkampf an der Seite der Linken einschließlich der Socialdemokratie gegen die Rechte zu führen, halten wir für ausgeschlossen.“

Während der Ferien hat sich ohnedies so manches zugegetragen, was der Regierung zu denken geben wird. Wir brauchen nicht erst auf ausländische Begebenheiten hinzuweisen und darauf aufmerksam zu machen, daß die deutsche Socialdemokratie die Anteil und das revolutionäre Vorgehen der belgischen „Genossen“ den deutschen Arbeitern als „leuchtendes Beispiel“ vorgehalten hat; schon allein die Vorgänge bei den bairischen Landtagswahlen verdienen die größte Beachtung; denn sie zeigen das Centrum in heftiger Verachtung als eine Partei, die den eigenen Sonderinteressen die Staatsraison ohne weiteres unterordnet. Es ist das erstemal, daß eine bürgerliche Partei offiziell ein Bündnis mit der Socialdemokratie eingegangen ist, und daß diese Partei das Centrum war, ist überaus charakteristisch.“

Die ganze, in ihrer weinerlichen Hilflosigkeit geradezu lächerliche Beweisführung der Nützlichkeit einer Vertagung des Kanalprojekts zeigt deutlich den Umschwung der Stimmung in den Kampf-Reihen der feudalen Kanalgegner; sie zeigt aber auch, daß die Regierung nur ernstlich und rücksichtslos zu wanken braucht, um schließlich doch die Vorlage durchzusetzen. So weit reicht denn doch die Festigkeit so manchen edlen Junkers nicht, daß er wegen der Kanalvorlage sich seine Karriere verdirbt. —

Was plant das Centrum?

Unser ganzes parlamentarische Leben leidet am Centrum, das die ausschlaggebende Partei ist und zugleich an Unzulänglichkeit mit immer größerem Erfolg den Nationalliberalen nachsteuert. Bei den Beratungen der Zuchthausvorlage machte die Rede Liebers in ihrer diplomatischen Verschämung gegenüber den anderen bürgerlichen Ausstattungen einen recht fatalen Eindruck. In der steten Sorge, die Regierungsfähigkeit einzubüßen, sucht man den Staatsmann zu stimpfern und erreicht damit nichts weiter, als die Charakterlosigkeit und die Einbuße jeglichen Vertrauens. Gleichwohl hatte sich Lieber gegenüber der Zuchthausvorlage so festgelegt, daß ein Umfall ohne dauernden parlamentarischen Verlust unmöglich ist. Das hindert aber das Berliner Organ des Centrums, die „Germania“, nicht, auf das zweideutigste mit dem Gedanken einer Zuchthausvorlage in abgeänderter Form zu spielen. Wir haben darauf vor einigen Tagen hingewiesen, und die „Germania“ hat sich nicht gerechtfertigt. Dafür begegnet dem Centrumsblatt das Unglück, daß die „Post“ jetzt im Centrum eine Bundesgenossin begrüßt:

„Das Blatt (die „Germania“) drückte sich nämlich in einer Auslassung über den Eifer der Großindustrie für die Vorlage sehr diplomatisch aus. Es gab zu, daß der Terrorismus der Socialdemokratie ein ganz unerträgliches sei, der vorliegende Entwurf enthalte jedoch manche unannehmbare Bestimmungen und könne in der Form, wie er vorliege, nicht angenommen werden. Damit ist gesagt, daß eine Annahme in verbesserter Form nicht ausgeschlossen ist, um dem ganz unerträglichem Terrorismus der Socialdemokratie ein Ende zu machen. Daß der „Vorwärts“ darüber ganz aus dem Häuschen gerät, ist wohl begreiflich. Wenn zu den vielen Anzeichen eines Stimmungswechsels im Volke gegenüber der Vorlage nun noch die den gewerbsmäßigen Vollverführern allen Trost raubende Bekämpfung des Centrums kommt, dann ist es kein Wunder, wenn der „Vorwärts“ aufs höchste erhobt wird. Er meint, die „Germania“ habe von Anfang an einen unsicheren und zweideutigen Eindruck gemacht, so daß sich nichts Besseres als ein Umfall habe erwarten lassen. Dann wird an Liebers' Aeußerungen über die Vorlage im Reichstage erinnert und ein Gegensatz zwischen jenen Worten und denen der „Germania“ herausgefunden.“

Was die „Post“ über die „Germania“ sagt, ist ebenso richtig, wie die Bemerkungen über unsere Haltung. Wir sind Gegner der Zuchthausvorlage und wünschen darum, daß das Centrum in seiner ablehnenden Haltung beharrt, weil wir jeden Kulturrückschritt bekämpfen. Vom Standpunkt der engeren Parteiinteressen und der Wahlpolitik aber müßte uns nichts so willkommen sein, als ein Umfall des Centrums bei der Zuchthausvorlage. Damit würden die Massen der katholischen Arbeiterchaft mit einem Schlage für uns gewonnen sein. Die socialdemokratische Partei als solche hat sicher keinen Nachteil von der Zuchthausvorlage, die vielmehr für sie das beste Werbemittel ist, das uns je unsere Feinde geliefert haben. Schon aus diesem Grunde ist es blinder Unfinn, wenn uns unsere aufmerksame Beobachtung des schwankenden Verhaltens der bürgerlichen Parteien gegenüber der Zuchthausvorlage als Furcht ausgelegt wird. Wir wünschen nur, die Dinge ohne Illusionen zu erkennen, so wie sie sind. —

Eine politische Fälschung.

Aus Paris meldet der Draht, daß der dortige deutsche Botschafter Graf Münster in den Fürstenstand erhoben worden sei. Die Nachricht wird im jetzigen Augenblick ziemliche Unruhe hervorrufen.

Graf Münster war der Vertreter Deutschlands auf dem Haager Kongreß. Es ist schwerlich anzunehmen, daß seine Verdienste um das Giaslo dieser Veranstaltung die jetzige Auszeichnung veranlaßt haben. Man wird vielmehr den Grund der Rangeshöhung auf dem Gebiet der deutsch-französischen Beziehungen suchen. Es ist gesagt worden, daß die Reise des französischen Ministers des

Außen nach Petersburg dadurch veranlaßt sei, daß die angebliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland in Petersburg verstimmt habe. Die jetzige Ehrung Münsters wird diesen Gerüchten neue Nahrung geben.

Sicher ist, daß Wilhelm II. seit seinem Regierungsantritt die Freundschaft Frankreichs gesucht hat und daß er angesichts der Jahrhundert-Ausstellung in Paris dieses Verlangen besonders lebhaft empfindet. Auf seiner diesjährigen Nordlandfahrt hat der deutsche Kaiser ein französisches Kriegsschiff besucht, ein außerordentlich herzlicher Depechenwechsel begleitete dies Geschehnis. Die Fälschung des Botschafters in Paris scheint darauf hinzudeuten, daß der Kaiser diesem tatsächliche Erfolge in der deutsch-französischen Ausgleichspolitik zu verdanken glaubt.

Nicht sehr glücklich scheint es uns, daß die Nachricht von der Auszeichnung des Grafen Münster gerade in der Zeit des Dreyfusprozesses bekannt wird. Die revisionseindliche Presse wird daraus den Anlaß zu neuen chauvinistischen Heereien und Verleumdungen entnehmen und der ruhige Gang der Gerichtsverhandlung gefährdet. —

Ein konfisziertes Blatt.

In Oesterreich-Ungarn sperrt man die Redacteure nicht ein, aber man ruiniert die Zeitungen durch fortgesetzte Konfiskationen. Vor uns liegt die Nummer vom 4. August unseres Budapestener Parteiblattes „Volksstimme“.

Das vierseitige Blatt sieht folgendermaßen aus: Der Titel ist wunderbarerweise nicht konfisziert, ebenso ist eine Einladung zu einem Ausflug an der Spitze des Textes stehen geblieben. Von dem folgenden Leitartikel aber ist nur die Ueberschrift „Peiß!“ und das Motto vorhanden. Sonst ist die ganze erste Seite weiß, in jeder der drei leeren Spalten ist nur in der Mitte das Wort: „Konfisziert“ zu lesen.

Die zweite Seite beginnt wieder mit einem Titel „Beim Peiß-Denkmal“, darunter 1/2 weiße Spalten. In der zweiten Spalte unten giebt es endlich ein wenig Text, der auch die dritte ziemlich anfüllt. Aber unten beginnt schon wieder nach der Ueberschrift „Geht's Dich nichts an?“ und einem biblischen Motto das blendende Weiß, das noch fast zwei Drittel der dritten Seite beherrscht.

Es läßt sich denken, daß dem Verleger mit solchem fast unbedruckten Papier nicht gedient ist und das Blatt materiell so zahlreich wie möglich zu schreiben. Die zweite Seite wird, nach dem Ausspruch eines Beamten, konfisziert, auch wenn „gelbe Rüben drin“ sind.

So unterdrückt man in der habsburgischen Monarchie die Propaganda, indem man sie einfach konfisziert. —

Deutsches Reich.

Schutz dem gewerblichen Arbeitsverhältnisse!

Wir haben erst jüngst aus Anlaß der Zuchthausvorlage wieder auf die so bestrennliche Thatsache aufmerksam gemacht, daß der weitaus größte Teil der so überaus zahlreichen Vergehungen der Unternehmer gegen die Arbeiteraus-Vorschriften strafflos bleibt.

Einen Erläuterungsgrund dafür, wie das zugeht, liefert eine Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht Juidau, das sich in politischen Prozessen des Rufes großer Strenge erfreut.

Vor dem Schöffengericht in Krimmichau hatte sich im Juni dieses Jahres der dortige Knopfabrikant Schön zu verantworten. Er war angeklagt, in seiner Fabrik in der Zeit vom 1. März d. J. 20 Schulkinder teils unter 13 Jahren, teils über 13 Jahren täglich sechs Stunden lang mit Anfertigung von Glasknöpfen, mit Zusammenstecken von Knöpfen, mit Anfertigung von Glasperlen etc. beschäftigt und weiter, obwohl er zu derselben Zeit in seiner Knopfabrik unter den Schulkindern auch noch fünf junge Arbeiterinnen zwischen 14 und 16 Jahren beschäftigt, es unterlassen zu haben, hiervon der Ortspolizeibehörde schriftliche Anzeige zu machen, und in den Fabrikräumen, in denen die jugendlichen Arbeiter beschäftigt wurden, ein Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter und eine Tafel mit einem Auszuge aus den Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter auszubringen.

Der Angeklagte stellte das ihm zur Last gelegte durchaus nicht in Abrede, behauptete aber, daß die Kinder nicht als richtige Arbeiter anzusehen seien, daß er sie nur anlerne, damit sie später als Arbeiter Verwendung finden könnten, und ferner, daß sein Betrieb keine Fabrik sei und er folglich auch nicht den hierüber gegebenen Bestimmungen unterstellt werden könnte.

Vor dem Schöffengericht hatte er mit dieser faulen Ausrede jedoch kein Glück; es wurde ihm, wenn auch zu der keineswegs abredenden Strafe von 10 M. (Die Höchststrafe ist 2000 M. für die Kinderbeschäftigung und 80 M. für Unterlassung der Anzeige.)

Auch diese milde Bestrafung war dem Herrn noch zu viel; er rief das Landgericht an und von diesem wurde er freigesprochen. Hier müßte vor allen Dingen ein entschiedener Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, um diesen Terminus der Zuchthausvorlage anzuwenden, eintreten. —

Vom Stenogramm-Korrektor.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ berichten aus Berlin:

Nachdem Direktor Knad vom Bureau des Reichstages wegen der bekannten Stenogramänderung den Präsidenten Grafen Wallstrem um Verzeihung gebeten hat, beabsichtigt dieser mit Rücksicht auf den Krankheitszustand des Direktors, keine weitere Verfolgung der Sache eintreten zu lassen. Die Socialdemokraten, besonders Singer, werden aber die Angelegenheit in der ersten Sitzung des Gesamtvorstandes nach Zusammentritt des Reichstages zur Sprache bringen, unter Betonung der bedeutenden Kosten, die für stenographische Berichte erforderlich sind, lediglih um eine authentische Urkunde über den Wortlaut der Parlamentsverhandlungen zu haben. Eventuell wollen sie die Angelegenheit bei Beratung des Etats des Reichstages im Plenum erörtern, um keinen Präcedenzfall zu schaffen.

Daß die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache kommen wird, ist sicher. Was das Blatt an Einzelheiten über die Art der Behandlung dieser Frage zu vermelden weiß, ist eine nicht sonderlich geschickte Kombination. Mit einer bloßen Entschuldigung ist dem Reichstag ebensowenig gedient, wie mit einem Krankheitsattest des fortgesetzenden Bureau Direktors. —

Gegen das Reichstags-Wahlrecht eifert wieder einmal das Organ Knapps, die „Berliner Neuesten Nachrichten“. Ein Blatt hatte der Einführung des Präsenztages für die Reichstags-Abgeordneten angekündigt. Das wäre, so jubelt die „Berl. N. N.“ eine Verfassungsänderung, und dann könnte man gleich gründlich ändern. Es sei, unter keinen Umständen daran zu denken, daß regierungsfreudig in eine solche Verfassungsänderung gewilligt wird ohne ein entsprechendes Korrelat in der Aenderung des des Wahlrechts selbst.“

Die Humung, daß sich der Reichstag für die paar, Mark Diäten das Wahlrecht ablaufen lassen solle, auf dem er beruht, ist von einer naiven Frechheit, die fast belächelnd wirkt. —

Der versuchte konservative Kuhhandel mit den Socialdemokraten, der bei den bairischen Landtagswahlen vorgefallen, ist von der konservativen Presse bisher totgeschwiegen worden, um jetzt das übliche Dementi zu erhalten. Es wird dabei verläugert, was nicht bestritten worden ist. Dagegen wird nicht bestritten, daß konservative Politiker, darunter der konservative Renommierbauer Zug,

mit den Socialdemokraten angebandelt hatten. Und darauf kommt es an! —

Gegen die Wunder-Spekulationen katholischer Blätter

hat der Bischof von Münster folgende Verfügung erlassen:

„Seit einigen Jahren werden in unserer Diocese Zeitchriften verbreitet, in denen häufig, manchmal sogar in einem häufigen Abdrucke, auffallende Gebetsverordnungen und wunderbare Guaden erweise veröffentlicht werden, ohne daß für die tatsächliche Richtigkeit derselben Beweise beigebracht werden. Nicht selten findet sich dabei eine Geldsumme angegeben als „Widmung“, „Dankegabe“ usw. Wenn derartige Veröffentlichungen nun auch zweifellos gut gemeint sind, so sind sie doch leicht mißverständlich, und es will und scheinen, als seien sie den wahren Interessen unseres hl. Glaubens nicht dienlich und der Erbauung der Gläubigen nicht förderlich. Wir ersuchen daher den hochw. Klerus, der Verbreitung derartiger Zeitchriften keinerlei Vorschub zu leisten.“

Die katholische „Germania“ begrüßt den Erlass mit Freuden, da in der letzten Zeit die Veröffentlichung von Gebetsverordnungen in gewissen Erbauungsblättern in geradezu argernisregender Weise ins Kraut geschossen ist und den Feinden der Kirche wie den Zeugnern selbst der prinzipiellen Möglichkeit der Gebetsverordnungen Anlaß zu scharfen Angriffen gegeben hat.“

Das Centrumsorgan bewegt sich mit dieser Freudenäußerung in einem wunderbaren Widerspruch. Wer sich über die Zeugner der prinzipiellen Möglichkeit der Gebetsverordnungen empört, für den sollte die Mitteilung von Beweisen für diese Möglichkeit doch kein Vergerniß erregen. —

Noch eine leere Stelle. Die „Kölnische Volkszeitung“ teilt mit, daß bis heute, drei Monate nach dem Tode des Erzbischofs Kramenz, die Kandidatenliste für die Bischofswahl aus Berlin noch nicht zurückgekommen sei, trotzdem sie ganz kurze Zeit nach dem Ableben von Kramenz (in der Pfingstwoche) eingereicht worden sei. Das Blatt klagt daran die Klage, daß die Katholiken sich immer wieder über Wangen an Müdigkeit zu beschweren hätten, den die preussische Bureaucratie an den Tag lege. Vergessen frage man nach den Gründen, weshalb das Kultusministerium so viel Zeit zur ordnungsmäßigen Erledigung notwendig habe.

Trotz des bewiesenen Marine- und Militärleides geht es dem Centrum nicht besser als den Berlinern mit ihrem Oberbürgermeister. —

Das dritte Wahlversammlungserbot im achten sächsischen Wahlkreise seitens der Amtshauptmannschaft in Pirna ist den beiden schon gemeldeten auf dem Fuße gefolgt. In Pirna soll am Sonntag eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Die Behörde verbot diese aus ganz gleichen Gründen, wie die vorigen.

Die Genossen im achten Kreise haben am Sonntag das erste Wahlflugblatt — vierseitige „Wahlzeitung“ — in 40 000 Exemplaren ausgetraut. Auch da hat die Behörde insofern störend eingegriffen, als einige Verteiler notiert worden sind. Wahrscheinlich sollen sie wieder „groben Unfug“ verübt haben. —

Ueber die Selbstherrlichkeit eines Gemeinde-Oberhauptes berichtet der „Volksfreund“ einen sächsischen Fall — nämlich in Sachsen! — aus der 1500 Einwohner zählenden Gemeinde Fischergasse bei Reichen. Dort hat der Gemeinderat aus wichtigen Gründen schon vor etwa acht Jahren (1) beschlossen, das Ortsstatut zu ändern. Es vergehen etwa zwei Jahre, der Gemeindevorstand denkt gar nicht daran, für Durchführung des Beschlusses zu sorgen, d. h. den Gegenstand zur Beratung auf die Tagesordnung zu setzen. Daraufhin wurde der Beschluß noch zweimal von neuem gefaßt, und der Vorstand direkt beauftragt, speziell eine Sitzung zur Beratung des neuen Ortsstatuts anzuberaumen. Der Herr setzt sich nicht daran, und bis auf den heutigen Tag ist die Durchführung des wiederholten Beschlusses des Gemeinderats unterblieben.

Ja, es kommt noch besser. Der Gemeinde-Oberste ist nach einem Beschluß verpflichtet, mindestens alle sechs Wochen eine Gemeindeversammlung einzuberufen. Rät ihm aber gar nicht ein, er macht das, wie es ihm paßt. Und so vergehen 10, 18, ja 20 Wochen, ehe einmal eine Gemeindeversammlung stattfindet. Das ist wirklich das Muster eines Gemeindevorstandes. Verwunderlich ist, daß die Aufsichtsbehörde noch nicht aufmerksam geworden ist. Jetzt wollen aber nun zwei socialistische Vertreter im Gemeinderat energisch auf Bülhse dringen. —

Prebiger des Meinerds. In der gestrigen Notiz hat der Druckfehlerausweis aus dem Satz „Das Geschrei gegen die „Meinheitspraxis“ unserer Partei läßt sich darauf, daß ein paar unserer Genossen... die Wahrheit verschweigen oder eine Unwahrheit gesagt haben sollen“, das Wort „sollen“ gestrichen. —

Wider aus dem Soldatenleben. Aus Elfaß-Lothringen schreibt man uns: Es war vorauszusetzen, daß nach dem Bekanntwerden der Nachricht von den beiden Todesfällen, welche kürzlich beim 4. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 112 in Rühmannen infolge von Diphtherie bei einem bis in die Mittagshunde ausgedehnten Feldausmarsch vorgekommen sind beide Ober sind, wie bereits mitgeteilt, Unteroffiziere der Reserve, nämlich der verheiratete 28 jährige Bahnassistent Schneider und der ebenfalls seit kurzem verheiratete Ingenieur Graf, 27 Jahre alt, von gewisser Seite der Versuch unternommen werden würde, den ursächlichen Zusammenhang zwischen jenen schweren, bei einer Temperatur von nahezu 35 Grad Celsius den erst Tags zuvor zur Uebung eingezogenen Reservisten zugemuteten Strapazen und dem Tode zweier blühenden Menscheleben in Abrede zu stellen, um den in Betracht kommenden militärischen Kommandostellen die schwere Verantwortung abzunehmen, die sie sich mit den für jenen Unglücksfall getroffenen dienstlichen Dispositionen aufgebürdet haben.

Wenn ersten Todesopfer (Schneider) müßte dieser Versuch von vornherein aussichtslos erscheinen, da Schneider sofort auf dem Wege den Folgen des Diphtherieerleides erlag und sich bis zu seiner diesjährigen Uebernahme der besten Gesundheit zu erfreuen gehabt hatte. Man verlegte sich deshalb darauf, den Todesfall des Ingenieurs Graf, der erst am sechsten Tage im Militärhospital starb, zum Gegenstande der militärischen Untersuchungsvorwürfe zu machen. Vor einigen Tagen ging durch den gouvemenentalen Blätterwald eine Notiz, nach welcher die Witwe des unglücklichen Ingenieurs Graf selbst erzählt haben sollte, sie habe ihrem Mann vor der Bestellung zur diesjährigen Uebung zugeprochen, den unterrichtenden Arzt auf die schwere Nierenkrankung aufmerksam zu machen, an der er im Jahre 1897 gelitten, Graf habe jedoch erwidert: Ach was, das vergeht schon beim Militär. Hätte der Verlorbene — so heißt es in jener Beschwichtigung und Verdrückungsnote dann weiter — das dem Militärarzt nicht verheimlicht, so wäre er von der Uebung befreit worden. Wie wir gleichfalls aus guter Quelle wissen, erfuhr der behandelnde Militärarzt, nachdem unterdessen auch bei Graf sich Nierenkomplifikationen eingestellt hatten, erst auf eindringliches Befragen etwas von dem früheren Leiden seines Patienten.“

Damit wären also die verantwortlichen militärischen Vorgesetzten Graf und der untersuchende Militärarzt von jeder Verantwortung befreit und man könnte mit Recht einwenden, Graf habe sich selbst sein frühes Grab gegraben, da er aus lauter Freude am Soldatenleben ein Leiden, von dessen Vorhandensein dem Arzte nichts bekannt sein konnte, geheimlich verheimlicht habe. Diese Darstellung wird jedoch erschüttert durch eine Erklärung, welche die Familie des verstorbenen Ingenieurs Graf als Antwort auf jene Mitteilungen der Öffentlichkeit übergeben zu müssen glaubte. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

Nach seinen eigenen Aussagen hat Graf den ihn untersuchenden Militärarzt auf die in letzter Zeit empfundene Beklemmung auf der Brust aufmerksam gemacht, und dieser Schmerz hatte mit einer Nierenkrankung absolut nichts zu thun, sondern soll in einer beim Velsfahren gehaltenen Erklärung seinen Ursprung gehabt haben. Graf hatte nichts zu verheimlichen, da

seine vor zwei Jahren durchgemachte leichte Verletzung längst geheilt war. Thatsache ist und bleibt, daß Graf an den Folgen des bei seiner über die Wachen und gedeckten Feldblößen-Übung erlittenen Hüftschlages gestorben ist. Den Ausdruck, der in dem betreffenden Artikel der jungen Witwe zugesprochen wird, bekreuzt dieselbe gethan zu haben."

Nach dieser in den bestimmtesten Ausdrücken abgesetzten Erklärung der nächsten Angehörigen des Verstorbenen bleibt die Verantwortlichkeit für die dienstlichen Dispositionen des verhängnisvollen 22. Juli maßgebenden Kommandostellen bestehen. Die Öffentlichkeit hat ein eminentes Interesse daran, von dem Ausgang der militärischen Untersuchung Kenntnis zu erhalten, um sich Gewißheit darüber verschaffen zu können, daß Menschenleben bei militärischen Übungen Schutz genießen. —

Lassalle und Schulze-Delitzsch.

Der Verfasser des Leitartikels in Nr. 180 schreibt uns:

Zu meiner Freude kann ich dem Kollegen Mehring auf seine letzte Behauptung einfach erwidern, daß er sich ganz überflüssigerweise ereifert — es sei denn, er steuere mit seinen längeren Ausführungen gegen mich nur auf die kürzere, aber kräftigere Schlusspolemik gegen Stephan, die mich natürlich weiter nicht zu kümmern braucht.

Die schmale Grundlage des ganzen Mehring'schen Artikels ist eine, mir völlig unbegreifliche Mißdeutung meiner Worte, daß uns „heute“, im Jahre der Denkmalsfeier, die aus Lassalle wörtlich mitgeteilte allgemeine Charakterisierung des vermeintlich für immer lebendig begrabenen Lassalle bereits „bekremend anmutet“. Mehring liest hierheraus, ich hätte kein Verständnis für den Kampf und Streit von damals, für die „historische“ Entstehung und damit Verächterung des Lassalle'schen Angriffs; und, ausgerüstet mit der ganzen Kenntnis der jetzigen Jahre, erzählt er mir aus den Volksversammlungen und Zeitungen jener Zeit einiges, was mir, wie ich in tieferer Zurücksetzung gestehen muß, nicht einmal ganz unbekannt war.

Aber, aber — möchte ich „situiertes Gemüt“ den die „nachte, schlichte Wahrheit“ hütenden „unparteiischen Historiker“ in aller Weisheit fragen — ändert das irgend etwas an der Thatsache, oder meinestwegen an meiner Behauptung, daß wir heute, mit Recht, den fortschrittlichen Führer als Verian und als politischen Charakter anders beurteilen, wie es vor einigen dreißig Jahren Lassalle in dem angeführten Citat gethan hat und wie es dann jahrelang Parteitradition blieb? Ich selber habe, glaube ich, genügend angedeutet, daß man in einer Zeit, die noch den ersten „trennenden Schnitt“ gegen das oppositionelle Bürgertum zu vollziehen, die „einflussreichen mandatorischen Einbildungen“ des Liberalismus zu durchdringen hat, einer bürgerlichen Opposition selbstverständlich nicht genau ebenso gegenübersteht wie heute, wo Parteien und theoretische Richtungen sich ganz anders gruppieren. Wenn Mehring bei den von mir citierten Worten noch nicht zugeben will, daß trotz in der That heute für die allgemeine Wertung von Schulze-Delitzsch ein wesentlich anderes Augenmaß haben wie 1864, so braucht er im Postamt nur weiter zu lesen:

„Man wird in Schulze's eigener Partei, sowie der Partei die Presse verlassen hat“ allmählich sich gegen Sie werden, bis man dabei anlangt, es „immer gesagt zu haben“. Man wird an der Sache noch festhalten, aber zuerst unter vier Augen, dann im Freundeskreis, dann immer lauter gegeben, daß Sie allerdings ein „sehr unfähiger“ Repäsentant derselben, ein wahres „enfant terrible“ seien. Butek werden Sie die kompromittierende Person werden, die keiner mehr will, und durch deren Verführung jeder sich selbst lächerlich zu machen scheut!

„Das alles wird in kurzer Zeit eintreten und so wären Sie denn so gut wie tot und begraben.“

Und wenn das meinem gestrenghen Kritiker noch immer nicht genügt, so bitte ich ihn anzuschlagen die Parteigeschichte von Mehring, Stuttgart 1898, Band II Seite 95, und da mit gebührender Andacht die „nachte, schlichte Wahrheit“ also zu vernehmen:

Soweit diese Schrift gegen Schulze polemisiert, thut sie der Person Schulze's mandamental zu viel. Freilich steht jeder polemischen Ausschreibung Lassalle's in dieser Zeit die Entschuldigungsfrage zur Seite, daß sie gegenüber den Säulen der Segner ein Hindernis war. Aber um seiner selbst und um seiner Sache willen hätte Lassalle besser daran gethan, von seinen persönlichen Angriffen gegen Schulze die Hälfte zu streichen, und die andere Hälfte in der Klangfarbe zu dämpfen.

Wenn das etwa gar eine Beurteilung aus dem historischen Milieu der jetzigen Jahre heraus sein soll — was meine Aeußerung, wie gesagt, in keiner Weise beansprucht — so muß ich nun wieder einwenden, daß mir dann diese vorjährige Aeußerung Mehring's ebenso viel gegen Lassalle zu schulmeistern scheint, wie die vorjährige Ausführung desselben Mehring's wieder für Lassalle. Gerade bei Mehring und keinem anderen ist in diesem Falle wieder einmal die „polemische Selbstkritik“ zu einer etwas läppigen Blüte gediehen.

Berlin, 8. August 1899.

Mag Schippel.

Ausland.

Die Transvaal-Angelegenheit

Schleppet sich langsam hin — richtig wird langsam hingeschleppt. Nachdem Herr Chamberlain durch seinen Agenten Milner, den Oberkommissar oder Gouverneur der Kapkolonie, auf der Konferenz von Bloemfontein die Boeren brüskiert und ihnen die Pistole auf die Brust gesetzt hatte, wurde er durch seine Kollegen und die öffentliche Meinung in England genötigt, einen ansäuerlichen Ton anzuschlagen, und er macht den bekannten Vorschlag der gemischten Kommission, welche die Wahlreform der Transvaal-Republic prüfen soll. Dieser Vorschlag war aber so unendlich übermüdet worden, daß die Boerenregierung um Erklärungen bat. Diese Erklärungen schienen nun ebenfalls keine Klarheit gebracht zu haben und der Mißdeutung fähig zu sein. Bevor authentische Berichte vorliegen, können wir nichts Bestimmtes mitteilen.

Es scheint aber, daß der Vorschlag in Formen gekleidet ist, die einen Anspruch Englands begründen könnten, Transvaal nicht als souveränen Staat anzuerkennen. Da nun alle Stänkeren des Herrn Chamberlain den Gedanken zur Grundlage haben, daß Transvaal in einer Art von Vasallen-Verhältnis zu England als „Suzerän“ (das heißt Oberherrn) stehe, und da die Boeren sich die englische Oberherrlichkeit unter keinen Umständen gefallen lassen wollen, so ist es mit dem Entschluß über den englischen Vorschlag nicht so rasch gegangen, als vielfach erwartet wurde. Jedenfalls ist gestern die Annahme noch nicht erfolgt. Nach einer heutigen Nachricht hätte der „Volkraad“ den englischen Vorschlag einfach abgelehnt. Das erscheint jedoch in dieser Form kaum wahrscheinlich. Zu vermuten ist, daß die Boeren-Regierung nur nochmals Aufklärungen in London verlangt habe, und daß dadurch die Verzögerung entstanden ist.

Im englischen Unterhaus kam die Transvaal-Angelegenheit gestern zur Sprache. Ein Telegramm besagt darüber:

Chamberlain erklärt, bis der Vorschlag bezüglich der Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission zur Prüfung der neuen Wahlrechtsfrage von der Regierung von Transvaal angenommen worden, sei er außer Stande, über die Zusammensetzung der Kommission eine Erklärung abzugeben. Ihre Aufgabe werde sein, beiden Regierungen darüber zu berichten, ob die längst vom Volkraad angenommenen Vorschläge den Ausländern eine sofortige wesentliche Vertretung sichern und wenn dieses nicht der Fall sein sollte, welche Veränderungen des Gesetzes dieses Ergebnis herbeiführen würden. Er glaube nicht, daß dies lange Zeit erfordern werde.

Eine Depesche der „Berliner Neuesten Nachrichten“ aus London vom heutigen Tage lautet;

Nach der dem Volkraad gestern vorgelegten Korrespondenz zwischen der englischen und der Transvaal-Regierung erfolgte die Ablehnung des englischen Entschlusses, die Notierung des neuen Wahlrechts aufzuschreiben, bis das hiesige Kabinett seine Zustimmung durch genaue Kenntnisnahme habe prüfen können, unter ausdrücklicher Verpflichtung auf das intransigente Verhalten Milner's beim Schluß der Bloemfontein-Konferenz. Präsident Kruger habe dort, um trotz formeller Scheitern der Verhandlungen doch eine materielle Stärkung friedlicher Beziehungen zu gewinnen, vorgeschlagen, man solle sich wenigstens weiteres veröhnliches Verhalten zusichern. Milner habe das aber abgelehnt und nachdrücklich erklärt, die Konferenz schließe für beide Teile ohne jede Verpflichtung. —

Delcassé in Petersburg.

In der Presse nehmen die Vermutungen über den Zweck der Delcassé'schen Reise ihren Fortgang, deutet doch anscheinend die Verteilung der Insignien des Alexander-Newsky-Ordens in Diamanten an den französischen Minister des Aeußeren darauf hin, daß der politische Zweck der Reise wenigstens zum Teil erreicht sein muß. So äußert sich z. B. die Wiener „N. Fr. W.“ dahin, man dürfe in der Ordensverleihung den Beweis dafür erblicken, daß die Gerüchte über eine in den französisch-russischen Beziehungen eingetretene Abkühlung unbegründet seien. Falls thatsächlich infolge der deutsch-französischen Förslichkeit in letzter Zeit Mißverständnisse zwischen beiden Mächten aufgetaucht seien, so seien dieselben durch Delcassé's Anwesenheit in Petersburg behoben.

Oesterreich-Ungarn.

§ 14. In Wien fanden am Montagabend 14 von unserer Partei einberufene Versammlungen statt, in denen Protest gegen die Handhabung des § 14 und die Erhöhung der Zuckersteuer erhoben wurden. Zwei von diesen Versammlungen wurden behördlich aufgelöst, die übrigen sind ruhig verlaufen. Nach Schluß der Versammlungen fanden keinerlei Kundgebungen statt. —

Belgien.

Programmerklärung Suet de Nachers. Heute fand die erste Kammer Sitzung unter dem neuen Ministerium statt. Ministerpräsident de Suet de Nachers verlas eine kurze Erklärung, in welcher es heißt, die Regierung brauche ihr Programm nicht zu entwickeln. Sie werde nach denselben Grundsätzen handeln, welche die bisherigen Regierungen der Rechte leiteten. Die Regierung habe es sich aber zur Aufgabe gemacht, sofort die Frage bezüglich der Wahlen zu lösen. Das Kabinett glaube eine Lösung dieser Frage in der vollständigen Anwendung der proportionalen Verteilung gefunden zu haben und seine Überzeugung in dieser Hinsicht werde durch die fast einstimmigen Kundgebungen der politischen Vereine und der Presse unterstützt. Der Umstand, daß ein General das Portefeuille des Krieges übertragen wurde, sei keineswegs in dem Sinne aufzufassen, daß die militärische Frage gelöst sei, es solle hierdurch nur die Sorgfalt bekundet werden, die man dem Heere entgegenbringe. (Weiß auf der Rechten.) Wandenpeereboom giebt dieser Erklärung seine Zustimmung und fügt hinzu, daß die Mitglieder des früheren Ministeriums das jegige unterstützen werden. —

England.

Zur Zuckerzöllen-Frage. In Beantwortung mehrerer an ihn gerichteter Anfragen erklärte Brodrick gestern im Unterhaus, es werde getrachtet, daß seit der Brüssel-Konferenz ein geringer Fortschritt bezüglich der Aufhebung der Zuckerzöllen gemacht sei, aber es wäre unrichtig, anzunehmen, daß, obwohl keine Unterhandlungen geführt würden, obwohl Belgien bisher außer Stande gewesen sei, von einem Erfolge der Unterhandlungen mit Frankreich zu berichten, die Frage zum Stillstand gebracht sei. Die Thatsache, daß die Konferenz eine unbestrittene allgemeine Geneigtheit seitens der interessierten Nationen dafür gezeigt habe, daß die Zeit für Abschaffung der Zöllen gekommen sei, sei an und für sich ein großer Fortschritt. Man könnte weiter gehen und sagen, daß bezüglich der französischen Regierung Anzeichen nicht fehlten, daß die Ereignisse des letzten halben Jahres nicht spurlos an ihr vorübergegangen seien; es sei möglich, daß in Hinblick auf die mögliche Umkehrung des Systems der Retorsionszölle, welches die Vereinigten Staaten schon angenommen hätten, die französische Regierung ihre Ansichten ändern könnte.

Englands Stellung in China. Im Unterhaus erklärte Brodrick auf eine Anfrage, England habe keinen Grund zur Klage über die ihm im Intermediatgebiet zwischen dem Yangtschki und der Mandchurie gewährte Konzession. Ein allgemeines Ueberkommen hinsichtlich jener Spähre sei äußerst schwierig; während in der Mandchaurische Provinz eine thatsächliche Kontrolle ausüben, könne man nicht annehmen, daß die Regierung in Peking eine ähnliche Konzession hinsichtlich Siam und anderer Reichsteile machen werde. Die Reformierung der Verwaltung in China sei zweifellos eine Sache, welche sich jedem empfehle, aber man könne nicht plötzlich mit Ueberlieferungen von Jahrhunderten brechen. England dürfe froh sein, wenn es andere Nationen in Provinzen finde, zu welchen es nicht in unmittelbarer Beziehung stehe, die ihren Teil an der Erschließung Chinas tragen, an einem Wert, das nicht leicht und nicht gefährlich sei. Was die Allianzen betreffe, so seien diejenigen die besten, aber die am wenigsten gesprochen werde. Was Deutschland anlange, so könne England in verschiedenen Weltteilen guten Ergebnissen aus der gemeinsamen Arbeit mit denselben entgegensehen. Er (Brodrick) sehe nirgends einen Interessengegensatz zwischen England und Deutschland in diesen Dingen. Zweifellos seien diese beiden großen industriellen Nationen Handelsrivalen, aber sie begegneten sich in dem Wunsche, alle Weltteile ihren Fabriken zu erschließen. Der Punkt, der England am meisten hinsichtlich Chinas von anderen Nationen unterwerde, sei der, daß erstere eine verhältnismäßige Immunität in den Operationen habe, da England keine Landesgrenzen habe, an der ein Nachbar operieren könnte. Eine selbständige Macht habe zu berücksichtigen, daß ihre Aktion, selbst wenn sie nicht als Drohung gegen eine besondere Macht beabsichtigt sei, als solche angesehen werden könne. Was die russische Chinesen-Ausdehnung betreffe, habe die englische Regierung erklärt, sie könne nicht ohne Bedauern das Ueberwiegen irgend einer Macht in Peking sehen, es dürfte sich zeigen, daß andere Nationen, die nicht in demselben Tone sprächen, eventuell zeigen werden, daß sie diese Ansichten teilen. Der Standpunkt Englands hinsichtlich der „offenen Thür“ beruhe auf den Bestimmungen des Tientsin-Vertrages; davon sei in keinem Falle abgewichen worden. Die „offene Thür“ bleibe offen. Die Politik Englands in China sei Geduld und Wachsamkeit. —

Spanien.

Ein Religionskrieg. Der zwischen den Katholiken und Freidenkern in Castilien ausgedrohte Streit hat große Dimensionen angenommen. Zwischen beiden Parteien kam es zu Thätlichkeiten. Unter den Verwundeten befindet sich der Bürgermeister von Salamanca. —

Asien.

Auf den Philippinen gestaltet sich die Lage für die Amerikaner immer ungünstiger. Wie die „Internationale Korrespondenz“ berichtet, hat der philippinische Agent Aguicillo von Danton aus an Madrid's Freunde deponiert, die militärischen Stellungen der Philippinos seien derzeit gestärkt, daß Aguinaldo gegenwärtig mit 10 000 Mann unter Waffen halte, während die übrige Mannschaft mit der Wiederherstellung der zerstörten Ortschaften und mit der Bestellung der Felder beschäftigt sei. Wenn nach Beendigung der Regenzeit der Kampf wieder beginne, würden die Amerikaner die Philippinos mit Kriegsbedarf und Vorräten bestens ausgestattet finden.

Am vor dem eigentlichen Beginn der Präsidentschaftscampagne der Wahlernannte mit Grobdruckverfahren auf den Philippinen aufwarten zu können, wird in Washington die Einschiffung der für den Dienst auf den Philippinen bestimmten Regimenter nach Möglichkeit

zur Beschleunigung versucht. Zudem beabsichtigt man, wie verlautet, den Oberbefehlshaber der amerikanischen Armee, General Miles, aufzufordern, den Befehl auf den Philippinen selbst zu übernehmen. General Miles soll zwar nicht abberufen, aber auf die Verwaltungsgeschäfte beschränkt werden, die ihm als Militärgouverneur obliegen.

Russischer Protest gegen ein Bündnis Chinas mit Japan. Der russische Gesandte von Peking richtete an das Sinesische Kabinett eine Note in Angelegenheit der Verhandlungen über ein Bündnis zwischen China und Japan, in welcher er darauf aufmerksam macht, daß der Abschluß eines solchen Bündnisses in Rußland in hohem Maße Anstoß erregen und für China sehr ernste Folgen hätte. —

Partei-Nachrichten.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— Wegen Verleumdung durch die Presse wurde der Genosse Max Meyer in Dresden, verantwortlicher Redacteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt. In Nr. 86 dieses Parteiorgans war der Polizeibehörde von Hohnstein-Ernstthal in einer Notiz der Vorwurf der Parteilichkeit in Bezug auf Anwendung politischer Vorschriften gemacht. Es stellte sich aber dann heraus, daß sich der Vorwurf nicht auf die Behörde in Hohnstein-Ernstthal, sondern auf die Amtshauptmannschaft Glauchau bezog. Es lag also nur eine Verwechslung vor, und die „Arb.-Ztg.“ hat das auch in Nr. 87 sofort berichtigt. Trotzdem die Anklage. — Ist nun der Vorwurf der Parteilichkeit objektiv als erwiesen angesehen worden oder nicht?

— Die Augsburger Arawalle haben unserem Münchener Parteiblatt bereits eine Verleumdungsklage eingetragten. Es hatte aus Anlaß der dortigen Vorgänge die Arbeitsverhältnisse der Zerkelbacher Fabrik geschildert, wodurch sich der Direktor der Fabrik beleidigt fühlte.

— Mit einem Strafmandat von 10 M. ist der Vertrauensmann Genosse Schumann in Schönebeck vom Halberstädter Amtsgericht bedacht worden, weil er durch Veröffentlichung von Auitungen in der „Arbeiter- und Sonntagszeitung“ über für die Familien der verurteilten Löttauer Bauarbeiter bei ihm eingegangene Gelder eine öffentliche nicht genehmigte Kollekte vorgenommen haben soll.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Hamburger Steinmehnen haben aus Solidarität für ihre streikenden Berliner Kollegen über den dortigen Poststand die Sperre verhängt, weil dort Halbfabrikate aus Berlin verwendet werden.

Die Maurer Saxons sind am Montag in den Streik eingetreten. Der Beschluß wurde durch Zettelabstimmung mit 188 für und sechs gegen gefaßt. Eine große Zahl der Streikenden ist bereits abgereist.

Der Maurerstreik in Weihenfeld ist am Sonntag nach dreimonatiger Dauer für beendet erklärt worden. Er ist mit einer vollständigen Niederlage der Streikenden abgeschlossen worden. Es fanden sich soviel Streikbrecher, daß alle Plätze besetzt werden konnten. In dem benachbarten Halle wurde der Maurerstreik mit einem glänzenden Siege beendet, in Weihenfeld konnte auch nicht das kleinste Zugeständnis erreicht werden.

Der Maurerstreik in Dresden dauert unverändert weiter. In gegnerischen Zeitungen wird fortgesetzt die unwahre Behauptung verbreitet, daß der Streik zu Ende ist. Die Maurer Dresdens sind nach Unablässlichem heißen Kampfe nicht gewillt, denselben ohne weiteres zu beenden. Zugut ist nach wie vor streng festzuhalten. Sämtliche arbeiterfreundliche Zeitungen werden ersucht, hierüber Kritik zu nehmen. Die Streikkommission.

Wegen Streifvergehen wurde abermals vom Schöffengericht in Dresden ein Maurer zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte soll auf einem Bau zu einem Arbeitswilligen geäußert haben: „Du dumme arbeitest auch, pfui schäme Dich!“ dabei soll er noch ausgeipult haben. Zeuge war der angeblich in seiner Ehre verletzte Streikbrecher.

Im Zwickauer Maurerstreik arbeitet die Polizei fleißig mit Strafmandaten wegen des Unflugs, der durch Streikpökenstehen verübt worden sein soll. Zweihundredigig Maurer haben bereits Strafmandate erhalten und sollen Strafen von 5 bis 20 M. bezahlen. Für 8 der also Bedachten verhandelte das Schöffengericht am Sonntagabend über den ergebnissen Einspruch. Jemand ein thatsächlicher Beweis der Verübung groben Unflugs selbst nach der gegenwärtigen dafür üblichen Auslegung wurde nicht erbracht. Der Anwalt zog sich schließlich auf „Verletzung aller Arbeitswilligen“ zurück. Das Gericht konnte am Verhandlungstage noch zu keinem Urteile kommen; es will seinen Spruch erst am 12. August verhandeln.

Der Streik dauert unverändert fort. Ohne Zuchtungsgefahr. Vom Landgericht in Rumburg wurde am Sonntagabend der Maurer-Engelmann aus Lützen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er während des letzten zwickauer Maurerstreiks einen Arbeitswilligen bedroht und mißhandelt haben soll.

Der Verband der Handschuhmacher Deutschlands feierte in den letzten Tagen sein dreißigjähriges Bestehen. Am 1. August 1869 mit einer Mitgliederzahl von 886 gegründet, die zwei Jahre später auf 618 zurückging, hat sich derselbe mit den Jahren zu einem achtunggebietenden Faktor gegenüber dem kurze Zeit vorher gegründeten Fabrikantenverein der Handschuhbranche entwickelt. Während des Socialistengesetzes fand der Verband Gnade vor dem Auge der Behörden und war eine der wenigen Organisationen, welche von der Auflösung verschont blieben.

Der Verband gewährt außer Streik-, Maßregelungs- und Reisekosten Arbeitslosen-Unterstützung. Diefem ausgebauten Unterstützungsweesen ist es zum Teil wohl mitzuführen, daß der Verband stetig gewachsen ist und gegenwärtig 3000 Mitglieder zählt, somit 1/3 der Berufsangehörigen organisiert sind. Diese Unterstützungsweese haben indes dem Verbands den Charakter als Kampfesorganisation in keiner Weise geraubt, wie die größeren Kämpfe beweisen, die stattgefunden haben, und die in den meisten Fällen erfolgreich endeten. In den letzten 10 Jahren hatte der Verband eine Einnahme von 409 917,58 M., eine Gesamtausgabe von 452 552,70 M. Bei den vorigen Woche in allen Ortsvereinen abgehaltenen Stiftungsfeiern ist allseitig gelobt worden, nicht nur in Zukunft an der althergebrachten Organisation festzuhalten, sondern auch vor allen Dingen gegen die das Koalitionrecht raubende Zuchtungsborlage mit ganzer Energie aufzutreten.

Ausland.

Die Arbeiter der Pariser Gassegesellschaft haben teilweise die Arbeit niedergelegt und verlangen Löhnerhöhung. Es wurden Maßregeln zum Schutze der Freiheit der Arbeit getroffen. Die Ausländer verhalten sich ruhig. Die Gesellschaft ist im Stande, zum mindesten für acht Tage die Verletzung auszuhalten zu erhalten.

Die Massenaußsperrung in Dänemark.

Das Wollische Telegraphenbureau meldet aus Kopenhagen, 8. August: Nach achtstündiger Verhandlung beschloß heute früh die Generalversammlung der Bauverbände mit 128 gegen 90 Stimmen, den Vergleichsentwurf in der Aussperrungsfrage gutzuheißen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die Streikpunkte im Tischlerfach im voransgeordnet und daß keine Bestimmungen für die Werkstätten ohne vorherige Verhandlungen zwischen den Hauptorganisationen eingeführt werden.

Diese Weidung ist, wie die bisherigen Meldungen in der Angelegenheit, durchaus irreführend, indem sie geeignet ist, den Eindruck

u erwecken, als ob schon eine Vereinbarung zwischen den kämpfenden Parteien über die Aufhebung der Auslieferung vorläge. Das ist aber keineswegs der Fall. Es kann sich daher bei dem Beschluß der Generalversammlung der Fachverbände nur um die Zustimmung zu den von den Unparteiischen gemachten Vorschlägen handeln, die die Grundlage für die Ausgleichsverhandlungen bilden sollen.

Folgende Privatbelegte geht uns noch zu: Kopenhagen, den 8. August:

Auslieferung nicht beendet. Wir haben einen Einigungs-vorschlag angenommen; die Unternehmer haben jedoch schon ver-sucht, das Uebereinkommen zu brechen. Wir fordern Garantien für loyale Durchführung des Einigungsvorschlages. Entgegengesetzten-falls wird der Kampf fortgesetzt.

Für die ausgesperrten Arbeiter Dänemarks gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

Stattus Resolution 5.— Tischlerfabrik v. Richter, Rüdelsdorferstr. 10,00.
 Berlin, Modelldruck, Kastrup-Allee, 19,20. Tischlererei v. Weiland, Frucht-str. 14.— Metallwarenfabrik v. Rimow u. Kapp, Wilhelmstr. 7,10. Model-lfabrik v. Seifert u. Wolf, 2. u. 4. Saal, 2. Rate 26,65. Holzbeord. Fabr. v. Vristaf u. Vögeler, 6,35. Modelldruck v. Busse, Fruchtstr. 10,25. Tischl. Kleinmann, Stollbergstr. 2,70. Tischlererei Stern, Seifert u. Co., 3. Rate 7,10.
 J. C. Pflaß, Saal 4, 2. Rate 26,15. Tischlererei D. Brandt, Dieffenbach-str. 6,30. Tischlererei Wöber, Wäckerstr. 15.— Utzboog, Anhalt von J. Aeberte u. Co., 9,80. Vermittlungsarbeiter von Silberblatt, Berlin 7.— Genossen in Kummelsberg durch Kattina 29,70. Tischlererei von Kiedding, Waldemarstr. außer einigen, 11,35. Vorkauf auf Eisen von Leo Schmidt, Zappelerstr. 50.— Tischler von Scherer, Blumenstr. 4,50. Drei Bildhauer 1,50. Tischlererei von Unger, Königsbergerstr. 4, Rate 10.— G. Rabus, Buchdrucker-Hilfsarbeiter, 3. Rate, 60,50. Tischlererei Fr. Orlich, Kraussstr. 18.— Tischlererei Sparthe, außer einem, 2. Rate 8,30. Herrensäpter v. G. King, Fruchtstr. 32 1/2.— F. S. A. G., Buchdrucker 9,65. Tischlererei v. K. Radt, Brunnstr. 4, 3. Rate 7,10. Buchdrucker u. Greve, 2. Rate, 7,15. Statthalter Kull 5.— Maschinenfabrik von Malt u. Wolff, 2. Rate, 7,50. A. Hilde, Tischler, Brüder-Str. 15,55. Tischl. Fr. Pfeiffer 19,75. Piano-Mechanik-Fabrik von Schöge u. Freund 14.— Modelldruckerei von Hanke u. Reber, 3. Rate 14,30. Modelldruckerei von F. Bogts u. Co., Alte Josophstr. 10.— Beschneid. Arbeiter, Johannstr. 2. Rate 31,15. Raday 1.— Blech- und Endierwaren-Fabrik von Trost u. Munniger 9.— Piano-Fabrik A. Herzbl., Rostenerstr. 6,35. Piano-Fabrik von Otto, Meigsstr. 3. Rate 17,90. Arbeiter der Modelldruckerei Köhler, Kroll u. Co., 4. Rate 46,65. Tischlererei von Sieroda (außer drei, welche dem Arbeiterlohn angehörend) 5.— Maurer von Bau des Chemischen Instituts, Drischkestr. 4.— Verein der Bauarbeiter Berlins und Umgegend 30.— Rauchklub „Die Dampfben“ 10.— Tischlererei von Kersch, Fruchtstr. 6,70. Tischler der Bismarckstr. Fabrik, Haldenstr. 10,40 (außer einem). Schuhmacher durch Burglath 29,30. Arbeiter und Arbeiterinnen der Cigaretten-Fabrik von P. Nuh 9,30. Drogemann, Firmen-Hilfs-Arbeiter, 11,65. Antiquariats-Fabrik von Püpe, Alexanderstr. 3.— Statthalter Kull-Rausch 10.— Statthalter „Vorwärts“, Kirckstr. 10.— Gewerkschafts-Fabrik Steglitz 1. Rate (darunter Centralverb. d. Steinmetzen Schönberg u. Steglitz 17.— Holz-arbeiter-Verband Steglitz 40.—) durch F. Döring 75.— Einige Epist-riefen 12.— Tischler u. Tischler v. G. Reimann, Pöhlstr. 7,75. Parteiführer-Bandener Berlin 1. Rate durch Rie für die Bautischler Däne-marks 200.— Modelldruckerei Apelt, Reichsbergerstr. außer einem, 12,06. Verein Berliner Dreifachrentner, 1. Rate d. R. 50.— Beerdigung auf Frei-religions Friedhof d. G. Deida 3.— Buchdrucker-Fabrik u. Co., 2. Rate 4,10. Verdonal d. Buchdrucker-Fabrik Sittenfeld, 3. Rate, 63,30. A. Polzin u. G. Platt, Adolfsstr. 6.— Schafschürpe v. Alexanderplatz, 2. Rate, 10.— Bauarbeiter v. Hille 8,95. Tischler v. Schand u. Franz außer vier 9,45. Tischler v. Köder u. Schmidt, 3. Rate, 6,40. Von den Bonard, Berlin (central) d. Köder 7,50. J. W. 5.— Tapezierwerkstatt v. Fork u. Kreisförmig, 2. Rate, 20.— Buchdrucker-Fabrik Janssen, 3. Rate, 4,50. Tischlererei Kömberger, Markthof 2. Rate 9,05. Tischlererei Tiege, Königsbergerstr. 4,60. G. Rall, Kaiser Auguststr. 250.— F. D. 3.— Filiale des deutschen Lehrerbund-Verbandes Nummelsburg 10.— J. G. Pflaß, Saal I, 12,65. Modelldruckerei v. Gant 8. Rate 8,30. Piano-Fabrik v. Hilde, Alexanderstr.-str. 6,75. Korbwebererei Wulst u. Co. 9.— Piano-Fabrik v. Lehmann, Königsbergerstr. 22,75. Becher der Berliner Regenpost 4,50. Fronten-püter v. Lehmann, Königsbergerstr. 8,25. Piano-Fabrik v. G. Götze, außer den Bodenmoosern 15,55. Hilfsarbeiterinnen der Buchdrucker v. G. S. Hermann 7,30. Modelldruckerei von Seifert u. Wolf, Fruchtstr. 17,60. Piano-Fabrik von Beschlein, Grünauerstr. II, Rate 46,10. Buchdrucker-Fabrik Dieckmann, geod. der Gaudstra, III, Rate 5,55. Modelldruckerei v. Friebe, Fruchtstr., 20,10. Kisten-macher u. Tischler von Suttner u. Gant 12,25. Vager von Gant u. Stroffer 4.— Modelldruckerei v. Feller u. Muthen mit 2 Hülfern, außer einigen, II, Rate 68,50. Durch Stein 31,55 (darunter Tischlererei Courtois, Schwedterstr. 2. Rate 6,25. Tischlererei Eden, Anklamstr. 10,55). Cigarettenfabrik Tieg, Berlin Charlottenburg 2,70. Tischlererei und Maschinenarbeiter v. Auhner u. Kühne, Rostamstr. 13,55. Bauarbeiter von Wisse, Weiffenstr. 4,30. Elektrische Bahn Siemens u. Dalste, Bantow, 13,70. Männer-Gesangsverein Sängerkreis 13,65. F. Klographen Berlins d. Beschneid 12,50. Beard d. Buchdrucker-Hilfsarbeiter u. Hilfsarbeiterinnen Deutschl. d. Schule 100.— Bauarbeiter von Wolf, Waldemarstr. Rosting 1.— Tischlererei Stelmacher, Wangelstr. 11,55. Tanzlehrer-Bereich Solidarität 10.— Berg-golder Berlin II Vorkauf auf Eisen d. Gange 100.—

Weitere Beiträge werden im Berliner Gewerkschaftsbureau, Ammerstr. 16, I, vom Montag 9-1 Uhr, nachmittags 6-8 Uhr entgegen ge-nommen. Der Ausschuss der Gewerkschafts-Kommission.

Von der Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission wurden als 1. Rate für die ausgesperrten Arbeiter Dänemarks 90 M. an die General-Kommission geschickt, darunter von P. S. durch Eckhardt 10 Mark. Weitere Beiträge nimmt entgegen der Obmann des Gewerkschafts-Kartells. Dasselbe sind jeden Abend von 7-8 zu haben.

In Rennes.

Die Verhandlungen am Dienstag fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Fröh um 6 Uhr wurde die Straße, die zum Theum und zum Militärgefängnis führt, von den Knechtlichen, die sich dort angeammelt hatten, geräumt; eine Abteilung Infanterie bildete sodann zwischen beiden Gebäuden Spalier. Um 6 1/4 Uhr wurde Dreifus, wie am Tage zuvor, ohne Zwischenfall nach dem Theum geführt. Nachdem die Mitglieder des Kriegsgerichts, General Chamoin und die Advokaten des Dreifus sich um 8 1/4 Uhr im Theum eingefunden hatten, nahmen vor dem Gebäude Gendarmen Aufstellung, um das Publikum fern-zuhalten.

Die geheime Sitzung dauerte von 6 1/4 Uhr früh bis gegen Mitternacht. Den einzigen Gegenstand der Sitzung bildete die Verlegung des Geheimaktenstücks durch General Chamoin. Ein Zwischenfall ereigte sich nicht.

Ein Zeuge Deauverpaires. Als Zeugen hat der Präsident auch den Gewährsmann Ouednig de Deauverpaires, einen Kaufmann Miller aus Lille, geladen, welcher behauptet, in Potsdam im Schlaftimmer des deutschen Kaisers ein Exemplar der „Libre Parole“ gesehen zu haben, worin ein Artikel mit der Überschrift „Dreifus ver-baftet“ blau angestrichen war.

Ans der nationalistischen Presse. Die Dreifus feindliche Presse erschöpft sich in wüsten Phantasien über den Angeklagten. Der „Gaulois“ berichtet, Dreifus sei schon wie ein Automat in den Gerichtssaal getreten, mit verstümmtem Blick wie ein Fuchs, der in der Schlinge gefangen ist.

Kloefort schreibt im „Antitransigent“: „Ist es möglich? Wegen dieses Skorpions? Wegen dieses Körperlich und moralisch verunstalteten Wesens? Wegen dieses Nachtvogels mit Krüm-melschabel wird Frankreich seit zwei Jahren in seinen Grundfesten erschüttert? Man würde nicht zwei Sous geben, um ihn zu sehen, und er hat uns schon mehr als zehn Millionen gekostet!“. In der „Libre Parole“ schreibt Drumont: „Wo ist der Patriot, der nicht vor Wut schreit und von Elend erfüllt wurde, wenn er denkt, daß der ganze Ruin Frankreichs das Werk eines einzigen Juden ist?“

Ueber die Stimmung vor dem Prozeß wird uns aus Rennes, 6. August, berichtet: Als wir, heute früh mit dem Nachzug angekommen, die immer ruhigen Straßen der bretonischen Hauptstadt durchschritten, hatten

wir die Empfindung, daß die Bevölkerung das ruhige, würdige Ver-nehmen bewahren würde, das sie bis heute gezeigt hat.

In dieser Stadt, die während eines Monats den Mittelpunkt aller Erörterungen Frankreichs und der ganzen Welt bilden wird, ist man erstaunt, in einer Atmosphäre des Friedens, ja fast der Gleich-gültigkeit spazieren zu gehen.

Man erzählt uns wohl, daß in den vergangenen Tagen anti-semitische Kundgebungen versucht seien.

Aber die Kundgebungen sind vollständig mißglückt. Unsere Genossen von der Arbeiterpartei bildeten während zweier Monate die Straßenpolizei, und so oft sie die demonstrierenden Banden des reaktionären, kirchlichen und Militärklüngels trafen, konnten sie ihnen entgegenzutreten und sie auseinander treiben. Man kann sagen, daß die Ruhe auf den Straßen den sozialistischen Arbeitern zu danken ist, die sich von Anfang an bei den tapferen Nationalisten in den gehörigen Respekt gesetzt haben. Ueberdies patrouillierten Gendarmen in der Stadt.

Die wichtigsten Zeugen und Persönlichkeiten der Affaire Dreifus sind in Rennes angekommen. Da sie wegen der eiligen Unter-bringung ganz nach Zufall wohnen, so trifft man an allen Ecken der Stadt die bekanntesten Dreifusjudas zuweisen in nächster Nachbar-schaft mit den erbittertesten Dreifusfeinden.

Infolge der Weisungen der Presse hat man das Lokal des Kriegsgerichts geändert. Ursprünglich sollte es in einem Zimmer der militärischen Proviantkammer stattfinden, einem engen, ungelunden Schloßhof, in welchem die härtesten Naturen es nicht zwei Stunden hätten aushalten können. Es wird jetzt gegenüber, auf der anderen Seite der Straße, in dem geräumigen, prachtvollen Festsaal des Remer Theaters tagen.

Die Militärbehörde hatte es anfangs für unmöglich erklärt, diesen Saal zum 7. August in einen Gerichtssaal umzuwandeln; dazu war nach ihrer Meinung mindestens ein Monat erforderlich. Aber der Chef der Sicherheitsabteilung entschied, daß 48 Stunden genügt, und in der That, für morgen ist alles bereit.

Das Lyceum, von Gendarmen besetzt, ist etwas ganz neues geworden. In allen seinen Teilen sieht man Gendarmen. Wenn die langen Sädel der Soldaten mit lautem Rasseln an die Dielen und Wände der Klassen schlagen, in denen man bisher nur die Stimme der Lehrer vernommen hat, welche die jungen Leute unterrichten, so ist das in der That ein neues und erstaunliches Schauspiel.

Mit demselben Zuge wie wir, kam auch der General Jurkunden an; er sah nervöser aus, als jemals, mehr als je eine Beute der Zustände, die sein Gesicht verzerren. Im Bahnhof postierte er unter allgemeiner Gleichgültigkeit.

Seitern bereits sind Mercier und Picquart angekommen. Der frühere Minister, dessen sprichwörtliche Häßlichkeit einen Augenblick die Aufmerksamkeit eines Teiles des Publikums, das sich gerade am Bahnhof befand, auf sich lenkte, schien ermüdet und niedergeschlagen. Mit lebhaftem Beifall begrüßten etwa 50 Personen den Oberst-Leutnant Picquart.

Morgen werden alle Schauspieler und Zuschauer des Dramas, zur Stelle sein, um den Schlußakt des Dramas zu gestalten.

Wir die Empfindung, daß die Bevölkerung das ruhige, würdige Ver-nehmen bewahren würde, das sie bis heute gezeigt hat.

Die Durchsicherungen im Centralgefängnis Plötzensee wurden gestern vor der ersten Ferien-Strafkammer unter dem Vor-sitze des Landgerichts-Direktors Altmann noch einmal erörtert. Auf der Anklagebank stand ein grauhaariger Beamter, der 53jährige Kasserer Wilhelm Treuhertz, der bereits 36 Dienstjahre hinter sich hat und schon seit dem Jahre 1873 als etatsmäßiger Ge-sangenenaufsicht im Plötzensee angestellt ist. Der Angeklagte hatte seit langen Jahren die Stationen V und VII zu beaufsichtigen. Auf V lagen einige 30 Strumpfstricker, auf VII nur sogen. „Selbstbeschäftigter“, unter leteren die Bankiers Treuhertz, Stein und andere in Berlin nicht unbelumte Persönlichkeiten. Nach der Behauptung der Anklage ist es auf der Station der Selbstbeschäftigter „hoch hergegangen“. Es bestand zwar Einzelhaft, aber die Gefangenen verkehrten frei und ungehindert miteinander, denn der Angeklagte ließ die Thüren der Zellen offen und so fanden sich je nach Stand, Charakter und disponiblen Mitteln je fünf oder sechs Gefangene in je einer Zelle zusammen und klopften dort ihren Etat. Für Personen, die mit der preussisch-deutschen Gefängnis-Kultur nicht vertraut sind, sei be-merkt, daß ein derartiger Verkehr den Gefangenen streng unterlagert ist. Die Anklage erwähnt sogar einen entsetzlichen Fall, in welchem in der einen Zelle Kartoffelpuffer gebaden wurden und der Angeklagte soll an diesem delikaten Schmause teilgenommen haben. Bei einer Revision der Zellen wurden in der Zelle eines Kalfaktors „nur“ 84 Flaschen Bier nebst einer Kiste Cigaretten gefunden. Die Anklage nimmt zwar an, daß der Angeklagte die Kontrobande nicht selbst oder doch zum großen Teile selbst eingeschmuggelt hat, daß dies vielmehr durch die Kalfaktoren auf den diesen zugänglichen Schleichwegen geschehen ist, der Angeklagte habe diese Durchsicherungen aber gelangt und geduldet und habe dafür Bezahlung erhalten. Der An-geklagte bestritt den gesamten Inhalt der Anklage im ganzen Um-fange. Die „Selbstbeschäftigter“ hätten viele Freiheiten, sie könnten, so lange der Hof nicht anderweitig durch „Spaziergänger“ beschla-genahmt sei, sich den ganzen Vor- und Nachmittag auf dem Hofe be-wegen. Er habe inzwischen auf anderen Stationen Dienst. Von der Staatsanwaltschaft waren mehr als zwanzig Zeugen ge-laden, es fehlte aber an einem Sachverständigen, einem höheren Beamten, welcher die Angaben des Angeklagten über die Handhabung der Gefängnisse bestätigen oder widerlegen konnte. Der Verteidiger beantragte die Ladung des Wertmeisters Richter, welchem die Durchsicherungen zugeschoben werden. Der Gerichtshof beschloß die Ladung dieses Zeugen, aber auch die Ladung des Bankiers Treuhertz und eines höheren Verwaltungsbeamten zu einem neu anzusetzenden Termine.

Der frühere Minister, dessen sprichwörtliche Häßlichkeit einen Augenblick die Aufmerksamkeit eines Teiles des Publikums, das sich gerade am Bahnhof befand, auf sich lenkte, schien ermüdet und niedergeschlagen. Mit lebhaftem Beifall begrüßten etwa 50 Personen den Oberst-Leutnant Picquart.

Morgen werden alle Schauspieler und Zuschauer des Dramas, zur Stelle sein, um den Schlußakt des Dramas zu gestalten.

Gerichts-zeitung.

Der frühere Minister, dessen sprichwörtliche Häßlichkeit einen Augenblick die Aufmerksamkeit eines Teiles des Publikums, das sich gerade am Bahnhof befand, auf sich lenkte, schien ermüdet und niedergeschlagen. Mit lebhaftem Beifall begrüßten etwa 50 Personen den Oberst-Leutnant Picquart.

ihm eine Summe eingehändigt werden möge, damit er selbst die Einlösung vornehmen könne. Rosenthal wies diesen Vorschlag zurück, worauf Schür sich mit der Bemerkung, daß er dann kein Interesse mehr an der Sache habe, schleunigst entfernte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten drei Monate Gefängnis, der Gerichtshof ging aber mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte, um einen geringen Vermögensvorteil zu erreichen, unschuldige Leute verdächtigt und der Freiheit beraubt hatte, weit über den Antrag hinaus, indem auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre erkannt wurde.

Der frühere Bureaudirektor bei der Charité, Otto Stranz, welcher kürzlich vom Schwurgericht wegen wiederholter Unter-schlagung im Amt zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, stand gestern wiederum vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I, diesmal in Gesellschaft seiner mit-angeklagten Ehefrau Martha Stranz. Dem Chemann wurden noch Unregelmäßigkeiten im Dienst zur Last gelegt, welche seitens der Anklage als Betrug aufgefaßt wurden, während die Ehefrau sich in einigen Fällen der Beihilfe schuldig gemacht haben sollte. Die so- genannten „Bahlstellen“ auf dem Charité-Kirchhofe werden in der Weise vergeben, daß die Angehörigen der Verstorbenen ein Gesuch an die Direktion einzureichen haben, welche dann daselbst der Armen-Direktion zu unterbreiten hat. Erfolgt die Genehmigung, so hat der Wittfeller für die von ihm ausgewählte Begräbnisstätte 18 M. an die Chariteclasse zu zahlen. Der Angeklagte, welcher in den letzten Jahren mit der Verwaltung des Kirchhofs betraut war, soll nun in 27 Fällen derartige Anträge gar nicht zu Protokoll genommen, sondern die Gesuche mit Umgehung seiner vorgesetzten Behörde ohne weiteres bewilligt und die Gebühren in seine Tasche gesteckt haben. Seine Frau soll in Abwesenheit ihres Ehemannes ein gleiches Verfahren beobachtet haben. Sie behauptete im Termine, daß sie die ein-lakierten Beträge stets an ihren Mann ausgehändigt habe und von dessen Unrechlichkeiten nichts wisse. Der An-geklagte Stranz war im wesentlichen geständig, führte aber zu seiner Entschuldigung an, daß er tief in Schulden gesteckt habe. Der Verteidiger, Referendar Dr. Frederichs, pläderte für Freisprechung der Ehefrau, für eine geringe Gefängnisstrafe mit Bezug auf den Chemann. Der Gerichtshof hielt die Sache aus juristischen Gründen noch nicht für ipso iure, sondern beschloß für den nächsten Termin eine eingehendere Beweisaufnahme.

Durch kriegsgerichtliches Erkenntnis vom 3. Juli er., das inzwischen bestätigt worden, ist der Lebnsoberlieutenant Richard Kohn vom 2. Lebnsoberlieutenant des III. Armee-Korps in Spandau wegen Weintrübungs mit Entziehung aus dem Heere, 1 Jahr Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren bestraft, sowie ferner für dauernd unfähig erklärt worden, als Zeuge oder Sachverständiger vernommen zu werden. K. ist geborener Berliner. Ueber den Fall selber wird nicht berichtet.

Veranstaltungen.

Die Töpfer Berlin und Umgegend beschlossen gestern, Dienstag, in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, die im „Englischen Garten“ lagte, den Unternehmer-Organisationen „Jungung“ und „Freie Vereinigung“, einen Lohn-Tarif zu unterbreiten. Falls derselbe von den Unternehmern abgelehnt wird und die von der Lohnkommission beider Richtungen anzubahnenden Verhandlungen kein annehmbareres Resultat zeitigen, soll mit allen Mitteln eventuell auch durch die Arbeitseinstellung die Durchführung der Forderungen erwirkt werden. Die Antwort der Unternehmer auf die Beschlässe wird spätestens bis zum 1. September erwartet und sollen dann endgültig die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden.

Der aufgestellte Tarif, der nach eingehender Beratung von der Versammlung beschlossen wurde, enthält genaue Angaben über die Löhne bei Arbeiten von Kochherden und regelt, außer den bes-sonderen Bestimmungen für die verschiedenartigen Nebenarbeiten in 45 Positionen die Preise für die Fertigung der Postamente, Biered, Käse- und Mittelstms-Ofen. Ferner sind folgende all-gemeine Bestimmungen darin aufgestellt: Die Arbeitszeit währt täg-lich 8 Stunden, beginnt morgens 1/8 Uhr und dauert mit den üblichen Ruhepausen bis abends 5 Uhr. Am Sonnabend ist eine Stunde früher Feierabend. Jedem Ofenfeuer ist das Arbeits-material: als Jarge, Lehm, Steine, Kacheln, Eisenzeug u. s. w. an seinen Arbeitsplatz zu liefern. — Vom 1. Oktober bis 1. April wird nur bei verlasten Fenstern gearbeitet. — Für Auskonkreteuren und nicht angegebene Arbeiten soll nach Vereinbarung bezahlt werden. Für Kachelzeug abgeben erfolgt pro Stunde die Entschädigung von 75 Pf. Bei Tagelohnarbeit beträgt der Lohn pro Tag 6 Mark für gewöhnliche, 7 Mark für komplizierte Arbeiten, alldenkliche Ofen etc.

Die von der Lohnkommission vorgenommene Baukontrolle hat ergeben, daß Mitte bezw. Anfang September auf 57 Bauten mehr als 3600 Stück Arbeiten und Ende September auf 76 Bauten ca. 4000 Stück Arbeiten für die Töpfer vorhanden sind. Danach ist diese Periode, was auch durch andere Umstände bewiesen wird, eine außerordentlich günstige und vorwiegend zur Zeit kein Ueberfluß an Arbeitskräften zu verzeichnen ist.

Die Lohnkommission wird jeden Sonnabend bei Preuß. Neue Friedrichstr. 20, Nachabend abhalten und haben dahin auch die Bau-deputierten alle Mitteilungen zu richten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kranfurt a. M., 8. August. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Konstantinopel: Die Anwesenheit des türkischen Vorkaisers in London, Antypolos Pasha in Konstantinopel hängt hauptsächlich mit der Unterstützung des englischen Projektes einer Bahn nach Bagdad zusammen. Der Sultan soll sich in der letzten Zeit ver-schiedentlich dahin geäußert haben, er wolle sich wieder mit England auf guten Fuß stellen. — Neuerdings betreibt mit aktiver Unter-stützung der englischen Vorkaisers die Smyrna-Aidinbahn die Ver-längerung ihrer Linie ohne Garantieleistung bis Voulaadin.

Paris, 8. August. (V. G.) Aus besser Quelle verlanter, daß die Enthüllungen, welche durch das Bekanntwerden des geheimen Dokters in Aussicht stehen, einen allgemeinen Ausbruch des Mißtrauens hervorrufen werden. Denn, anstatt daß man glauben könnte, das Dossier bestände aus wichtigen Staatsgeheimnissen, wird man nur den Inhalt schmutziger Briefe, welche von der Polizei dem getauelten fran-zösischen Generalkonsole überreicht worden sind, zu erwarten haben.

Paris, 8. August. (W. T. V.) Wie von Madagaskar gemeldet wird, sind auf der Insel Groß-Comoro Unruhen ausgebrochen. Von Majunga ist ein Aviso dorthin entsandt worden.

Berlin, 8. August. (W. T. V.) Kammer. Nach langer Debatte über die ministerielle Erklärung demerkte der Sozialist Vandervelde, er werde nicht für die verhältnismäßige Verkürzung stimmen, und bringt eine Tagesordnung ein, welche besagt: „Die Kammer beauftragt, daß die Regierung die Besprechungen des Ministers Libaert bezüglich der Arbeiterpositionen nicht gehalten hat.“ Der Ministerpräsident bekämpft die Tagesordnung. Der katholische Deputierte der Landsteele beantragt einfache Tagesordnung, welche mit 88 gegen 19 Stimmen angenommen wird. Im weiteren Verlauf der Debatte beantragt Vandervelde einen Gesetzentwurf betreffend die Revision des Art. 47 der Verfassung.

Madrid, 8. August. (W. T. V.) In Castellon zogen Trupps von Republikanern vor das Gefängnis, welche verlangten, daß die infolge der Vorfälle am letzten Sonntag Inka- von in Freiheit gesetzt würden. Die Gefängniswache gab bei ihrem Herannahen Schreihüsse ab. Das requirierte Militär wußte die Trupps zurückzuweisen.

Buvarer, 8. August. (W. G.) Wegen des großen Notstandes nehmen die Bauernunruhen bedenkliche Dimensionen an. In der Nähe von Velgrab wurden bei einem Konflikt zwischen Bauern und Militär 20 Bauern getötet, 16 schwer verwundet.

Noch einmal zu den bayrischen Wahlen.

Es war nicht meine Absicht, in dieser Frage noch einmal das Wort zu nehmen, nachdem Verfassere sich ungewissenheit in demselben Sinne ausgesprochen haben, wie ich in meinem J.-Artikel. Genosse Ehrhart, Ludwigshafen erwähnt jedoch diesen Artikel in einer Weise, die ein völlig schiefes Licht auf den Inhalt desselben wirft. Er schreibt:

„Nach dem Berliner J.-Genossen wäre nun die Würde der Partei durch und damit gewahrt worden, daß wir unsere 88 Stimmen den 28 Liberalen zur Verfügung gestellt hätten.“

Das erweckt den Anschein, als hätte ich gegen die Kompromisse an sich nichts einzuwenden und sähe nur durch meine Willen alle die Tugenden, mit denen unsere bayrischen Genossen das Centrum herausgehoben haben, an den Liberalen vereint. Genosse Ehrhart irrt! Ich will es nach einem bekannten Wort schier bedürken, daß der Rabbi und der Mönch, daß sie alle beide stinken. Ich habe mich ganz unzuweilig gegen jeden Kompromiß ausgesprochen und nur am Schlusse schließlich noch ausgeführt, daß sogar ein Verteidiger der Kompromißpolitik an sich die Falschheit der Wähler in diesem Falle als falsch verwerfen muß. Ich hätte meinen Artikel ruhig auch dann veröffentlicht können, wenn die bayrischen Genossen die Liberalen unterstützt hätten; ihr Verhalten würde dadurch nicht besser, nur begreiflicher.

Ich bin übrigens genötigt, dem Genossen Ehrhart noch einen Proben aus seiner Hoffnungsgruppe zu fischen. Er meint nämlich:

„So viel steht fest, unser Eingreifen hat dem feierlichen miserablen Wahlschicksal den Todesstoß versetzt. Die da glaubten, es wäre gut genug, den Landtag vor einer Neuerung der socialdemokratischen Eindringlinge zu schützen, sehen heute ihren Irrtum ein. Der nächste Landtag wird uns ein anderes Wahlschicksal bringen.“

Ich besitze nicht jenen prophetischen Blick in die Zukunft, der den Genossen Ehrhart auszeichnet, und weiß daher nicht, ob wirklich in Bayern eine Wahlrechtsänderung bevorsteht. Sollte das aber wegen der socialdemokratischen Erfolge der Fall sein, so kann die Veränderung logischerweise nur darauf hincielen, auch diese geringen Erfolge für die Zukunft zu nichte zu machen. Die Wahlrechtsänderung wird also nicht, wie Genosse Ehrhart hofft, eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung bedeuten. Im übrigen pflegen Parteien, denen ein Wahlrecht die absolute Majorität brachte, diese absolute Majorität nicht zur Vereitelung des Wahlrechts zu benutzen, dem sie ihre Stellung verdanken.

Schließlich noch ein Wort über eine Gephlogenheit, die sich im Laufe dieser Debatte eingeschlichen hat und die nach meiner Ansicht besser vermieden worden wäre. Ich meine die peinliche Gewissenhaftigkeit, mit der jede sich meldende Stimme mit einem U r s p r u c h a t t e versehen wurde. Ich bin der Meinung, daß alle, die sich zum Wort gemeldet haben, dies als Parteigenossen, nicht als „Bayern“, nicht als „Berliner“ usw. gethan haben. Dadurch, daß jedem Artikel immer ein Stedbrief seines Verfassers vorgelegt wurde, ist den Diskutierenden ihre Stellungnahme ersichert worden, indem sie von vornherein als „Partei“ gekennzeichnet wurden. Die, welche sie überzeigten wollten, traten ihnen unter solchen Umständen gar zu leicht mit Antipathie entgegen. Es ist nicht zu leugnen, daß zwischen der Masse der süddeutschen und der norddeutschen Genossen ein Unterschied in der Deutweise besteht, der seine Ursache in der verschiedenen ökonomischen Entwicklung der betreffenden Landesteile hat. Für diejenigen aber, die sich an Debatten von so grundlegender Bedeutung, wie die über die Bedeutung der Kompromißpolitik, beteiligen, trifft dies nach meiner Meinung nicht zu. Es heißt das Kampffeld verschieben, wenn man die Gegner nach ihren Wohnorten aufmarschieren läßt. Darum möchte ich gern konstatiert sehen, daß die Bedeutung der gegenwärtigen Aussprache nicht darin liegt, daß sich „Bayern“ und „Preußen“ in den Haaren legen, sondern daß Kompromißbefürworter und Kompromißgegner sich gegenübersehen.

Berlin, 7. August.

Paul John.

lokales.

Die nächsten juristischen Sprechstunden finden ausnahmsweise am Donnerstag und Freitag nicht um 6, sondern erst um 7 Uhr statt.

Der Wahlverein für den 3. Reichstags-Wahlkreis unternimmt am nächsten Sonntag, den 13. August, einen Familien-Ausflug nach Johannisthal, Restaurant Rau. Nege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Achtung Parteigenossen! Am 12. August veranstaltet die Gesellschaft „Gambinus“ eine Wanderschaft und zwar nach „Reptunshain“. Dies Lokal steht der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung. Da versucht wird, in Arbeiterkreisen Willens abzugeben, so wollen die Genossen hiervon Notiz nehmen. Die Lokalkommission.

Ueber die leerstehenden Wohnungen und Geschäftslotale Berlins

Nach dem Stande von Anfang Januar 1899 hat das Berliner Statistische Amt mit Hilfe der städtischen Steuerverwaltung eine Erhebung veranstaltet, deren Ergebnis jetzt veröffentlicht wird. Unter 25 780 Berliner Grundstücken waren 4007 Grundstücke mit 8448 leeren Wohnungen ohne Gewerberäume, 828 Grundstücke mit 688 leeren Wohnungen nebst dazu gehörigen (aber nicht immer auf denselben Grundstücken gelegenen) Gewerberäumen, 1837 Grundstücke mit 3121 leeren Geschäftslotalen ohne Wohnungen. Von diesen zusammen 12 253 leeren Wohnungen bezw. Geschäftslotalen standen nur 614 (= 5 Proz.) wegen Neubaus leer. Die Zahl der zu demselben Zeitpunkt in Berlin überhaupt vorhandenen Wohnungen usw. ist nicht angegeben. Ende des Jahres 1897, aus dem die letzten Ermittlungen hierüber bekannt sind, waren 490 873 Wohnungen usw. vorhanden; davon standen 22 723 leer, 4,6 Proz. Anfang 1899 wird sich die Zahl der überhaupt vorhandenen Wohnungen usw. auf rund 500 000 gestellt haben. Die 12 253 leeren sind hiervon nur 2,5 Proz. Die vor mehreren Jahren erneut eingetretene Verminderung der Zahl der leeren Wohnungen usw. hat, wie man sieht, besonders im letzten Jahre bedeutende Fortschritte gemacht. Ueber die Dauer des Leerstehens wird aus 1899 mitgeteilt, daß von den 11 057 leeren Wohnungen bezw. Geschäftslotalen, bei denen die Dauer angegeben war (bei 1198 fehlte die Angabe), 1931 erst seit 1. Januar 1899 leer standen, 717 seit 1. Dezember 1898, 595 seit 1. November, 4016 seit 1. Oktober, zusammen 5828 erst seit 4. Quartal 1898, 478 seit 3. Quartal, 1076 seit 2. Quartal, 757 seit 1. Quartal, zusammen 7839 seit 1898, 756 seit 1897, 264 seit 1896, 162 seit 1895, 91 seit 1894, 214 seit länger. Die Ermittlungen über die Zimmerzahl bestätigen nicht die Behauptung der Berliner Hausbesitzer, daß namentlich die unbemittelte Bevölkerung, die auf kleine und kleinste Wohnungen angewiesen ist, über Wohnungs-mangel nicht zu klagen habe. Von den zusammen 9085 leeren Wohnungen mit oder ohne Gewerberäume, bei denen die Zimmerzahl angegeben war (bei 97 fehlte die Angabe, die 3121 leeren Geschäftslotalen ohne Wohnung bleiben hier außer Betracht), hatten 43 (= 0,5 Proz.) keine Zimmer, sondern nur Küche oder andere Räume, 4551 (= 50,4 Proz.) ein Zimmer, 2158 (= 23,9 Proz.) zwei, 854 (= 9,4 Proz.) drei, 530 (= 5,9 Proz.) vier, 899 (= 9,9 Proz.) fünf oder mehr Zimmer. Hiernach hatten allerdings drei Viertel aller leeren Wohnungen nur 0-2 Zimmer, aber genau ebenso groß war, bei der Volks-

zählung von 1895, der Anteil der Wohnungen mit nur 0-2 Zimmern an der Zahl aller vorhandenen Wohnungen. Der Mietwert (Jahresmietpreis) wurde für 11 854 der Anfang 1899 leerstehenden Wohnungen beziehungsweise Geschäftslotalen (für 899 fehlte die Angabe) mit 8 733 784 Mark ermittelt. Wenn die Berliner Hausbesitzer ihren „Nothstand“ schildern, dann weisen sie gern auf die ihnen durch Leerstehen von Wohnungen entgehenden Millionen hin. Sie unterlassen aber, hinzuzufügen, daß es sich dabei immer nur um einen ganz geringen Teil des gesamten Mietwerts aller Berliner Grundstücke handelt.

Selbstmordversuch eines Dienstmädchens. Die 21jährige Anna Müller war erst vor kurzer Zeit aus ihrer schlesischen Heimat nach Berlin übergesiedelt. Sie befand sich seit dem 1. Juli in Stellung beim Kaufmann Rosenberg in der Holzmarktstraße 2. Anna Müller hat sich Hausbewohnern gegenüber öfter darüber beklagt, daß sie sehr schwer arbeiten müsse, schlechte und ungenügende Kost bekomme und bei alledem von Frau R. sehr schlecht behandelt und mit den kränkelndsten Schimpfwörtern traktiert werde. Den Hausbewohnern schienen die Klagen des Mädchens durchaus glaubwürdig, denn Anna Müller war seit dem 1. April schon das fünfte oder sechste Mädchen, welches bei Rosenberg in Dienst stand, und ihre Vorgängerinnen hatten ganz dieselben Klagen geführt. Zwei der vorhergehenden Mädchen hatten auch wegen der schlechten Kost die Intervention der Polizei nachgesucht. Nächtliche Lärmereien, welche Rosenbergs mit früheren Dienstmädchen aufführten, hatten seiner Zeit den Hausbewohnern Veranlassung gegeben, den Hauswirt zum Einschreiten gegen die Aufreißer zu bewegen. Anna Müller hatte auch bald den Dienst bei Rosenberg satt, sie kündigte am 1. August und wollte am 15. ziehen, aber, wie sie im Hause erzählte, wollte die Frau Rosenberg die Kündigung nicht annehmen, die Frau habe ihr vielmehr gedroht, daß, wenn das Mädchen gegen den Willen der Frau Rosenberg den Dienst verlässe, es durch die Polizei zurückgeführt und außerdem einige Monate ins Gefängnis gesteckt werde. Anna Müller, die hier noch fremd und mit den Verhältnissen nicht vertraut ist, sah keine Möglichkeit, aus der Stellung loszukommen. Am vergangenen Sonnabend äußerte das Mädchen zu Hausbewohnern, daß sie eine furchtbare Angst vor der Frau Rosenberg habe und daß der kommende (heute vergangene) Sonntag für das Mädchen jedenfalls ein schlimmer Tag sein werde. Als am Sonntag früh gegen 6 Uhr der Heizer einer im Hinterhause des Grundstücks Holzmarktstr. 2 befindlichen Fabrik zur Arbeit kam, fand er an der Thür des Stellsch Hauses einen Brief der Anna Müller, worin sie schrieb, daß sie die Behandlung der Frau Rosenberg nicht länger ertragen könne und in der Spree, welche vom Fabrikgrundstück aus zugänglich ist, den Tod suche. Der Heizer holte einen Schwamm, beide forschten nun nach dem Mädchen und fanden es mit durchnässten Kleidern, den Hals mit einem Bande fest zusammengeknüpft, in nahezu bewußtlosem Zustande auf einer in das seichte Wasser hineingebauten Waschtisch liegend. Nachdem die Müller wieder völlig zum Bewußtsein gebracht war, erzählte sie, daß sie mit dem Entschluß zu sterben ins Wasser gegangen sei, ehe sie aber noch den Grund unter den Füßen verlor, hätten sie die Wellen eines vorüberfahrenden Dampfers wieder zurückgeworfen, dann habe sie, in der Meinung im Wasser den Tod nicht finden zu können, ein breites Band von ihrer Wulst abgetrennt um sich damit zu strangulieren. Anna Müller wurde auf Anordnung eines hingerufenen Arztes ins Krankenhaus gebracht; der genannte Brief, ebenso wie ein von ihr an Frau Rosenberg und ein dritter an ihren Bruder geschriebener, wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Wann wird die Direktion der „Großen Berliner“ ge- zungen werden, für ordentliche Schaltung und für eine erträgliche Arbeitszeit ihres Personals zu sorgen? Den lässlichen Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Wagen und einem Kohlenwagen gab es am Montagmorgen vor dem Hause Wasserborsstraße 50. Der Kohlenwagen wollte beladen in den Thorsweg einfahren. Ein Wagen der Linie Treptow-Wehrstraße jagte ihn, während die Pferde sich schon auf dem Bürgersteig befanden, am Hinterteil und warf ihn vollständig um. Die Brechlohlen rollten auf die Straße und sperrten beide Geleise. Die Geschäfte im Hause und in der Nachbarschaft gaben ihre Handwagen her, mit denen man die Kohlen zum Lager schaffte. Erst nach einer halben Stunde war die große Ladung abgefahren, der Wagen wieder flottgemacht und damit das Verkehrs Hindernis beseitigt. Der Anführer, der neben dem Fuhrwerk berging, der Führer des elektrischen Wagens und die Pferde blieben zum Glück unverletzt.

Die Erben Grünenthal und die Reichsbank. Die gefeh- lichen Erben Grünenthal, seine in Lübben wohnende Frau und die zwei Kinder, hatten bekanntlich gleich nach dem Selbstmorde des einen Prozeß gegen die Reichsbank auf Herausgabe des von dem Selbstmörder hinterlassenen Vermögens angetreten. Rummel ist die Reichsbank, wie ein hiesiges Blatt aus angeblich zuverlässiger Quelle erfahren haben will, an die Erben Grünenthal mit einem Vergleichsvorschlag herantreten, wonach sie eine Entschädigung von bloß 100 000 M. beansprucht, während der Rest des Vermögens — über 200 000 M. — der Frau und den zwei Kindern zufallen soll. — Ob Frau Grünenthal auf diesen Vergleich eingeht, ist noch nicht bekannt.

Verunglückt ist gestern, Dienstag, morgen beim Brigadexerzieren auf dem Uebungsplatze zu Töberitz der 42 Jahre alte Rittmeister Felix v. Wärenprung vom 6. Kürassier-Regiment. Er erlitt von einem Pferde einen Hufschlag gegen das Schienbein, der den Knochen zerkleinerte. Oberstabsarzt Knauer und ein Sanitäts-Unteroffizier brachten den Verunglückten mit der Eisenbahn nach dem Lebrter Bahnhof und von dort mit einem Koppischen Salonwagen in ein hiesiges Krankenhaus.

Ein schwerer Unfall im Straßenbahn-Betriebe ereignete sich Montagabend gegen 1/8 Uhr am Alexanderplatz. Ein etwa 30-jähriger Mann, der auf dem Vorderperron eines Motorwagens der Straßenbahnlinie Nichtestraße-Müllerstraße stand, verlor während der Fahrt, trotz der von dem Führer gegebenen Warnung, den Wagen zu verlassen. Beim Hinterwärtspringen stürzte er zu Boden und schlug mit dem Hinterkopf so unglücklich auf das Pflaster, daß er mit zerquetsertem Schädel bestimmungslos liegen blieb. Der schwer Verletzte, der keine Legitimationspapiere bei sich führte, mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

Romanisches von der Gips-Schulgen. Den Millionen-nachlaß der „Gips-Schulgen“ nimmt jetzt als alleiniger Erbe der 60 Jahre alte Schornsteinfegermeister Lutz aus Hermannstadt in Siebenbürgen in Anspruch. Frau Schulgen, die mit ihrer Tochter von dem gerade jetzt wieder eifrig gesuchten Schmiedemeister Wüncz in dem Hause Königgräberstraße 35 ermordet wurde, war eine geborene Lutz. Sie hatte mit ihrem Manne keine ehelichen Kinder. Ihre Stieftochter, die mit ihr ermordet wurde, hat ihre Erben testamentarisch ausgeschlossen. Alleinerblicher Erbe will demnach der genannte Schornsteinfegermeister sein und zwar als natürlicher Sohn der ermordeten Frau Schulgen. Als Lutz seinerzeit von dem Kuffchen erregenden Doppelmorde las und dabei auf keinen Familiennamen stieß, stellte er sofort Nachforschungen an. Nach deren Ergebnis ist er überzeugt, der außer der Ehe geborene Sohn der ermordeten Frau Schulgen zu sein, die ihn schon als 15-jähriges Mädchen zur Welt gebracht habe. Die Mutter der späteren „Gips-Schulgen“ war frühzeitig Witwe und arm. Ihre Tochter mußte schon in früher Jugend selbst ihr Brot verdienen. Sie kam zu einem Grafen Degenfeld auf dessen Besitzungen in Ungarn als Jofe der Gräfin. Dieser Graf Degenfeld soll der natürliche Vater des Schornsteinfegermeisters Lutz sein. Der junge Lutz wurde bald nach seiner Geburt von seiner Mutter, die er nie wiedergesehen hat, getrennt und in einem Waisenhause untergebracht. Später sagte man ihm, seine

Mutter sei tot. Diese hat von dem Verbleib ihres Kindes auch keine Kenntnis erhalten. Soviel Lutz erfahren konnte, hat man ihr gesagt, er sei nach Amerika ausgewandert. Der alte Graf Degenfeld ist bereits tot. Es leben aber noch seine Söhne, die wissen, daß Lutz Mutter ehemals als Jofe bei ihrer Mutter, der Gräfin, war. Der vermeintliche Erbe hat sich seine Ermittlungen schon einige tausend Mark kosten lassen. Ob seine Ansprüche berechtigt sind, wird sich später zeigen.

Das Ostendtheater macht in seinem Streben, die Weltgeschichte nach den Principien des Vankelfangertums auszumachen, weitere Fortschritte. Das neueste in diesem, bisher ja auch im Circus vielfach gepflegten Genre ist das Ausstattungsstück „Die Kubanerin“, das am Montag zum ersten Male aufgeführt wurde. Was dem unter recht nüchternen Erwägungen eingeleiteten Riege des vorigen Jahres etwa an Romantik fehlte, wird im Ostendtheater mit verschwennderlicher Fülle ersetzt. Ein blutiger Nachschuß der Heldin, der dem Mörder ihres Bruders gilt und der auf ein Haar verhängnisvoll gewordenen Jertum, daß ein amerikanischer Offizier, dem die Kubanerin mit heifer Inbrunst ergeben, der unbekante Mörder sei — das sind noch die gutartigen Reize der Handlung. Bedeutend grüßlicher ist schon ein veritables Segefest, dessen hitziger Charakter allerdings dadurch abgemildert wird, daß die Feindseligkeiten nicht auf, sondern unter dem Wasser vor sich gehen. Im ganzen ist eine so große Portion dramatischer Originalität, wie in der „Kubanerin“, uneres Wissens selbst im Circus Busch noch nicht dagewesen. Bei einem Stück von dieser Schönheit kommt es selbstverständlich kaum darauf an, wie es gespielt wird. Wir wollen deshalb über die Art, wie die Schauspieler sich ihrer Plagen erwehren, mit Entschiedenheit hinweggehen.

Aus den Nachbarorten.

Zur Beachtung! Die Lokale von Freund auf Wicksels werder, Voigt in Wickselsdorf, Tschow in Halensfelde bei Spandau, Karl Meusch, Gustav Feuerherd und Witwe Holz in Spandau sind von der Lokalkommission gezeichnet worden und sind deshalb von der Arbeiterschaft nicht mehr zu berücksichtigen, da sich deren Inhaber dem Votiventschluß der Spandauer Arbeiterschaft nicht untergeordnet geneigt sind, sondern nach wie vor Wickselsdorfer Bier ausführen.

Die ergänzte Liste derjenigen Lokale, in welchen noch Wickselsdorfer Bier ausgeführt wird, werden wir in einigen Tagen veröffentlichen.

Die Lokalkommission für Spandau und Umgegend.

Die Lokalkommission von Schöneberg teilt mit: Am Sonnabend, den 12. August 1899, feiern die Straßen- und Sanitätsarbeiter im Lindenpark, Hauptstr. 10, ihr Stiftungsfest. Dieses Lokal steht der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung wird gleich denjenigen Berlin und Charlottenburgs ihre Sommerferien am Donnerstag dieser Woche durch eine außerordentliche Sitzung unterbrechen, um über die Einsprüche gegen die Wählerlisten für die im November d. J. vorzunehmende Neuwahl von 16 Stadtverordneten Beschluß zu fassen. Es sind gegen die Wählerlisten, in welche 13 007 Kommunalwähler eingetragen worden sind und 600 Personen Einsicht genommen haben, in 14 Fällen Einsprüche erhoben worden.

Groß-Lichterfelde. Mehrfachen Wünschen aus Arbeiterkreisen bezüglich der Verbreitung des „Vorwärts“ entsprechend wird hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß in allen Restaurants mit Arbeiterverkehr Abonnemententlasten zur Einzugsung ausliegen. Im Interesse unserer Leser wird ersucht, von dieser Einrichtung fleißig Gebrauch zu machen und durch eifrige Agitation in Fremden-ewent. Bekanntentreiben neue Leser für den „Vorwärts“ zu werben und damit dessen politischen und wirtschaftlichen Einfluß zu erhöhen.

Der Parteigenosse Friedrich Ahlert in Steglitz, Schützenstr. 39 wird für frühzeitige und pünktliche Bestellung der Zeitung an die Abonnenten sorgen.

Zur Erhöhung von Teuerungszulagen an die Beamten der städtischen Verwaltung Charlottenburgs hatte die dortige Stadtverordneten-Versammlung seiner Zeit 15 000 Mark bewilligt. Um nun Anhaltspunkte für eine angemessene und dem persönlichen Bedürfnisse nach Möglichkeit angepasste Verteilung zu gewinnen, hat der Magistrat eine vertrauliche Anfrage an sämtliche Beamte der städtischen Verwaltung gerichtet. Die Anfrage besteht in einem ausführlichen Fragebogen. Wie die eine Antwortung des Schriftstellers befragt, wird den Beamten anheimgestellt, den Fragebogen genau auszufüllen und unter verschlossenem Aufschlag an die Adresse des ersten Bürgermeisters, nicht des Gesamt-Magistrats, einzuliefern. Es wird ausdrücklich zugesichert, daß die einzelnen Angaben vertraulich behandelt werden. Den Beamten giebt der Fragebogen Gelegenheit, sich aufs eingehendste zu äußern über ihre Einkommens-, Wohnungs- und Familien-Verhältnisse. Zu Betreff des Einkommens wird gefragt nach dem Gehalt für 1898/99 und für 1899/1900, nach den etwaigen Militärpensionen, den Einkommen aus Nebenbeschäftigungen, aus eigenem Vermögen etc. Auch das Gesamt-Einkommen für 1899/1900 kann angegeben werden. Bezüglich der Wohnung ist die Größe und Zahl der Zimmer und Kammern sowie das Stodwerk und die Miete aus den Jahren 1897, 1898 und 1899 anzugeben. In betref der Familienverhältnisse ist Angabe zu machen über Zahl, Alter und die Erwerbsverhältnisse der Kinder, ob Verwandte im Haushalte oder sonst interessiert werden und worin die Unterstützung besteht. Unter den sonstigen Bemerkungen kann der Beamte alles anbringen, was er auf dem Herzen hat. Das Ergebnis der Umfrage ist auch geeignet, Material für die zum Jahre 1900 vorgesehene Revision des Normal-Beholdungssetats der städtischen Beamten zu liefern. Die Beamten sind gespannt, was dabei herauskommen wird.

Berliner Ausflügler wurden Montagabend mitten im Grunewald in großen Schrecken versetzt. Eine schreckliche Droßjagd 1. Klasse raste plötzlich die Chauffee von Schildhorn nach Wannsee entlang, bog dann auf eine Wiese ein, wo das Pferd mit dem Wagen durch Schilf und Gräben stürzte, dann wieder auf die Chauffee hinaufsprang und endlich durch ein entgegenkommendes Fuhrwerk aufgehalten wurde, nachdem die Droßjagd ganz demoliert war. Der Droßjäger, der vorher schon ein Stid mitgeschleift war, kam nach einer Weile hinterher hinterher gelaufen. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß niemand ernstlich verletzt wurde.

Der Desraubant Willy Schiemann, der sich vorige Woche der Polizei in Spandau selbst gestellt hat, behauptet, daß ihm von dem verurteilten Gelde, etwa 2000 M., der größte Teil in Berlin, als er auf einer Bank geschlafen, gestohlen worden sei. Der 20-jährige Mann, ein Handlungsgehilfe aus Schleswig, wurde bereits stidbriesslich verfolgt und war, als er sich in Spandau verhaften ließ, ohne Mittel. Der erwähnten Angabe über den Verbleib des verurteilten Geldes setzt man großen Zweifel entgegen.

Zwei Soldaten ertranken. Am Sonnabend voriger Woche sind zwei Soldaten der 6. und 7. Kompanie des Eisenbahn-Regiments Nr. 1, von welchen einige Kompanien bei Glandsdorf an der Militärbahn Uebungen im Feldbahnen abhalten, im Mellener See ertranken. Die beiden Pioniere hatten an einer ihr: Gefährlichkeit wegen verbotenen Stelle des sich von Reven bis Glandsdorf erstreckenden Sees gebadet und waren dabei zu tiefes Wasser geraten, wo sie, bevor ihnen Hilfe gebracht werden konnte, versanken. Ihre Leichen sind gestern auf dem Garnisonkirchhof in der Dose-heide beerdigt worden.

Durch die Aufmerksamkeit des Fahrpersonals des von Stettin nach Berlin abgelassenen Schnellzuges sind am Montagmorgen die Passagiere zweier Personenzüge der Stettiner Bahn einer großen

Gefahr entgangen. Der von Belgard um 11 Uhr 8 Minuten vor-
mittags abgegangene Schnellzug hatte gegen 2 1/4 Uhr nachmittags die
Station Deringbrunn passiert, als plötzlich mit voller Gewalt gebremst
wurde und die Passagiere zum schleunigen Aussteigen angefordert
wurden. Raum war dies geschehen, als auf demselben Geleise,
der Deringbrunner Personenzug dahergebraust kam. Ein Zu-
sammenstoß zwischen beiden Zügen schien unvermeidlich, um
so mehr, als der Führer des Personenzuges den vor ihm
haltenden Zug nicht bemerkt zu haben schien. Die Schaffner des
Stettiner Zuges sowie der Blockwächter der nahen Blockstation
rannten nun, die Signalfahne schwingend, dem Personenzuge ent-
gegen und es gelang ihnen auch, sich bemerkbar zu machen. In
einer Entfernung von etwa 200 Meter wurde der Deringbrunner
Zug zum Stehen gebracht. Die Maschine des Stettin-Berliner
Schnellzuges war defekt geworden und wurde nur ausgebebert.
Alsdann konnten beide Züge ihre Fahrt nach Berlin fortsetzen und
trafen gegen 1/4 Uhr resp. gegen 5 Uhr in Berlin ein.

Ein furchtbares Unwetter ging Montagnachmittag um 1 Uhr
über Wendisch-Wuhloz nieder. In dem Gasthof der Witwe
Müller am Markte hatten sich eben zahlreiche Berliner Sommergäste
zum Mittagessen versammelt. Die Herren befanden sich meist in
den Innensälen, die Damen saßen vor der Thür in einer Zelt-
laube. Man hatte von dem Heranziehen eines Gewitters kaum
etwas bemerkt, als plötzlich mit einem furchtbaren Knall eine elektrische
Entladung erfolgte. Der Blitz schlug in den Gasthof ein und alle
Personen, die sich in ihm befanden, wurden mehr oder weniger
betäubt. Einigen Herren, die Willard spielten, stiegen die Stäbe,
einem anderen, der gerade trinken wollte, das Bierglas aus der Hand.
Mehrere Personen fielen um. Die Wirkung war, wie Beteiligten
versichern, nicht zu beschreiben. Am schwersten mitgenommen wurden
ein Fräulein Zimmermann aus Charlottenburg und ein Fräulein
Schmidt aus Berlin. Der Vortrager der Berliner Rettungswache in
der Adalberstr. 10, Herr Heise, der sich ebenfalls unter den
Sommergästen befand, untersuchte die Damen, nachdem er sich von
seiner eigenen Verletzung erholt hatte, und fand beide an der
linken Körperseite von oben bis unten gelähmt. Die Lähmung
besteht auch heute noch, ist aber nicht gefährlich und wird voraus-
sichtlich bald wieder verschwinden. Die Damen sahen während
des furchtbaren Schlags neben einander in der Laube vor dem Hause.
Der allgemeine Schreck wurde noch dadurch gesteigert, daß Dach-
steine vom Hause herab auf das Feld fielen. Einer durchschlag das
Feld und traf Frau Heise am Kopfe. Den Dachstuhlbrand, den
der Blitzschlag zur Folge hatte, löschte die auf das Glockengeläute
sich sofort ausführende Feuerwehr mit einigen Eimern Wasser, bevor
er noch im Entstehen begriffen war. Die Wirkungen der Entladung
machten sich auch auf färsere und weitere Entfernungen noch bemerk-
bar. Eine Schauspielergesellschaft, die einige Häuser weiter am
Markte einquartiert war, schloß sich so angegriffen, daß sie abends
die angelegte Vorstellung nicht geben konnte.

Litterarisches.

Der Neue Welt-Kalender für das Jahr 1900 ist toben
ausgegeben worden, und man muß gestehen, daß sich der neue,
24. Jahrgang seinen dreiundzwanzig Vorgängern würdig anreicht.
Der Kalender, der eine loslose und noch ständig wachsende Auf-
lage hat, dringt in die weitesten ländlichen und städtischen Arbeiter-
kreise ganz Deutschlands ein, und es ist bedauerlich, vom propagan-
distischen Standpunkt aus keine gleichgültige Frage, mit welcher Art
von Litteratur der Kalender seine Leser versorgt. Dies um so
weniger, als der Neue Welt-Kalender in vielen Fällen wohl das
einzige sozialistische Buch ist, das der Kalenderleser in die
Hand bekommt. Man muß nun sagen, daß die propagan-
distische Aufgabe, die der Neue Welt-Kalender zu erfüllen
hat, in dem uns vorliegenden neuen Jahrgang gut gelöst ist. Ohne
irgend wie in grob tendenziöser Weise mit der Thür ins Haus zu
fallen, ist doch der ganze Inhalt des 80 Seiten starken Heftes, so
verschiedenartig er gestaltet ist, auf einen Ton gestimmt, von dem
Wunsch erfüllt, die sozialistische Denkwiese in immer weitere Kreise
der deutschen Arbeiterwelt auszuweiten — auch die bisher gleich-
gültig beiseite stehenden Proletarier unter die Fahnen der Arbeiter-
partei zu führen. Als einen besonderen Vorzug betrachten wir es
dabei, daß sich dieses Bestreben an keiner Stelle zu einer unmittel-
baren politischen Agitation aufwacht und daß nur Beiträge auf-
genommen worden sind, die auch einen selbständigen Wert als
Unterhaltungslektüre oder als belehrende Aufsätze beanspruchen dürfen.
Zu rühmen ist ferner die Vielfältigkeit des neuen Jahrgangs. Der
Kalender ist für das ganze Deutsche Reich bestimmt, und demgemäß
werden die Leser im Osten, Westen, Norden und Süden unseres
Vaterlandes, sowohl in den literarischen Beiträgen wie auch in den
Illustrationen, jeder etwas finden, was ihn enger, heimlicher be-
rührt und anzieht.

Von dem Inhalt des neuen Jahrgangs haben wir außer dem
umfangreichen Kalendarium, den ständigen Mitteilungen über Messen
und Märkte, dem Rückblick auf die Ereignisse des verfloffenen
Jahres, an mehr oder weniger belehrenden Artikeln hervor: Eine
übersichtliche statistische Betrachtung der letzten Reichstags-
wahlen; einen sehr instruktiven Vortrag des Dr. B. Vorchardt
über die geschichtliche Entwicklung der Zeitrechnung und
des Kalenders, welcher Artikel gerade diesmal, beim Be-
ginn des neuen Jahrhunderts, an seinem Platz ist. Ein
ausführlicher Artikel berichtet von dem Eisenbau der durch Sibirien
geführten russischen Eisenbahn. Dr. Ernst Schneider handelt in
allgemein verständlicher Weise über Brauchbares und Schädliches in
der Menge der landesüblichen Hausmittel. Max Schüppel führt
den Leser in das Herz des schwarzen Erdteils, das Reich des Rabbit,
und schildert in einem mit Illustrationen geschmückten Artikel die
Wiedereroberung des Sudans durch die Engländer. Von Hugo
Bösch endlich ist ein Artikel beigezeichnet, in dem er im
Anschluß an die Schriften von Sidney und Beatrice Webb den
Jahrhundert langen Kampf schildert, der von den englischen
Arbeitern durchgeföhrt werden mußte, ehe sie sich gegen
eine Welt von Niedertracht die heutige ausgebildete Koalitions-
freiheit erlangen, um die die Arbeiter des Festlandes die britischen
Kameraden beneiden.

Von den unterhaltenden Beiträgen des Kalenders nehmen wir
eine hübsche Handwerkergeschichte Robert Schweichs „Meister Wolf-
gramm und seine Söhne“, eine Dorfgeschichte und eine echte Kalender-
geschichte dazu von Diefenbach: „Der die Barmherzigkeit an ihm
hat“. Ebenso ein Geschichtchen von Emil Rosenow, „Die zehn roten
Thaler“, das uns in die Wäldchenregion im oberen Erzgebirge führt,
sehr lustig zu lesen und flott geschrieben ist. Nicht zu vergessen ist
Vielnecht's prächtige Skizze „Aus der Jugendzeit“, wo er uns in
seiner unvergleichlich leichten, großzügigen Weise erzählt, wie es
eigentlich kam, daß er aus den Bahnen gervagelten Studiums in
die wirre Welt, in das politische Getriebe hinein geworfen wurde.
Den im letzten Jahre zu den Toten entwichenen Parteigenossen Jakob
Sudorff jun. und Paul Wrottkan, deren Portraits wiedergegeben sind,
widmet J. K. Schilderungen ihres Lebens und ihres Wirkens in der
Partei.

Neben einer Reihe stimmungsvoller Gedichte, einem humoristischen
Zell, einer Rätselrunde und dergleichen erwähnen wir endlich die wirt-
lich gelungenen Auswahl des dem Kalender beigegebenen Bilder-
schmucks. Der Holzschnitt „Heimkehr vom Felde“ nach einer Wärmor-
gruppe von Fritz Heinemann und das reizende Frühlings-
und Dorfbild aus Thüringen scheinen uns von den Illustrationen die
besten.

Alles in allem: Das neue Jahrhundert führt sich durch den
Neuen Welt-Kalender für 1900 sehr gut ein. Und wir wählen den
Arbeiter in Stadt und Land keine bessere, für Jung und Alt ge-
eignete Lektüre an den langen Winterabenden, als den neuen social-
demokratischen Kalender zu empfehlen. M. P.

Verfassungen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt
Sonnabend, den 5. August, in „Südost“, Waldemarstr. 75, seine
ordentliche Generalversammlung ab. Der Kassierer gab die Ab-
rechnung vom 2. Quartal 1899. Einer Einnahme von 744,90 M.
steht sich eine Ausgabe von 679,75 M. gegenüber, so daß ein Ueber-
schuß von 65,05 M. verbleibt. Die Richtigkeit dieser Abrechnung wird
von den Revisoren bestätigt.

In den Vorstand neu resp. wiedergewählt wurden folgende Kollegen:
Als erster Vorsitzender Darsow, zweiter Kassierer Kissner,
erster Schriftführer Gaffner, Bibliothekar Wippenhagen,
Beisitzer Scheunemann und zum Revisor Härtig.
Es folgte der Bericht der Arbeitsvermittlungskommission,
aus dem hervorgeht, daß die direkte Arbeits-
vermittlung bei der schroffen Haltung des Fabrikantenringes und
gegenüber keine sehr günstige gewesen ist, dennoch konnten eine An-
zahl freier Stellen nicht besetzt werden, da keine Arbeitslosen ein-
geschrieben waren. Die indirekte Vermittlung im Verkehrsbüro ist
ganz besonders bedeutend gewesen. In die Arbeitsvermittlungskommission
neu gewählt wurden 11 Kollegen. Weiter gab unser
Delegierter zur Gewerkschaftskommission, A. Rendi, einen Bericht
über die letzten Vorgänge in derselben, was eine lebhafteste Diskussion
hervorrief, die zur Annahme folgender Resolution führte: Die heute,
am 5. August, tagende Generalversammlung des Fachvereins der
Musikinstrumenten-Arbeiter Berlin und Umgebung nimmt durch ihren
Delegierten Kenntnis von den letzten Vorgängen in der Berliner
Gewerkschaftskommission. Die Versammlung protestiert gegen den
Abstimmungsmodus, der neu eingeführt werden soll. Sie hält dies
Verfahren für un-demokratisch, da es nichts anderes bedeutet als eine
Majorisierung und Entrechtung der schwächeren resp. der lokal-
organisierten Gewerkschaften.

In Anbetracht dessen beschließt die heutige Generalversammlung
des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter, ihren Delegierten
zu beauftragen, bei der nächsten Versammlung der Berliner Gewerkschafts-
kommission, sobald dieselbe eine andere Geschäftsordnung als
die bisherige einzuführen gedenkt, den Austritt unserer Organisation
aus der Kommission anzumelden. Hierauf erfolgte Schluß der
Versammlung.

Die an den Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten
Arbeiter hielten am Montag im „Englischen Garten“ eine gut-
besuchte öffentliche Versammlung ab. Nach der Abrechnung, die der
Vertrauensmann erstattete, betragen die Einnahmen für den öffent-
lichen Fonds im verfloffenen Halbjahr, incl. des alten Bestandes von
4086,45 M., insgesamt 5325,21 M., die Ausgaben 446,15 M., so daß
ein Bestand von 4879,06 M. verbleibt. Die Abrechnung wurde von
den Revisoren als richtig bestätigt und dem Vertrauens-
mann auf deren Antrag die Entlastung erteilt. Hierauf
berichtete Jaek über die Vorarbeiten in der Berliner
Gewerkschaftskommission gelegentlich der Verhandlungen
über den zukünftigen Abstimmungsmodus. Der Redner weist darauf
hin, daß bei der Beratung über die Anstellung eines zweiten
Gewerkschaftssekretärs der Plan der großen Centralverbände, sich die
ständige Majorität in der Gewerkschaftskommission zu sichern, noch
nicht bekannt war, sonst würden die Beschlässe anders gelaute haben
und die Anstellung unterblieben sein. Die großen centralorganisierten
Gewerkschaften, die bis dahin im Verhältnis zu den kleinen Gewerks-
schaften ganz minimale Beiträge an die Kommission geleistet haben,
wollen nun, nachdem die Kosten proportional gleichmäßig ge-
tragen werden sollen, das alleinige Bestimmungsrecht für sich
in Anspruch nehmen. Den Austritt aus der Gewerkschaftskommission
und Anschluß an die Geschäftsleitung der lokalorganisierten Gewerks-
schaften erachtet Redner noch als verfrüht. Es sei vielmehr an-
gebracht, daß sich die Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter vorläufig,
um ihre Interessen zu wahren und mit einem Ausgleich im Interesse
der ganzen Gewerkschaftsbewegung nicht unmöglich zu machen, an
der Kommission beteiligen. In der hierauf folgenden Diskussion
wurden von sämtlichen Rednern die Vorgänge in der
Gewerkschaftskommission und das Verhalten der einzelnen Ver-
treter der großen Gewerkschaften lebhaft kritisiert und aus-
geführt, daß das Bestreben derselben nur darauf gerichtet
sei, die kleinen, insbesondere die Lokalorganisierten, zu unter-
drücken. Während einige Redner für die sofortige Zurück-
ziehung des Delegierten eintraten und weitere Verhandlungen unter
den gegebenen Umständen für nutzlos hielten, plädierten die meisten
Redner für eine vorläufige Beteiligung, um eine Jespaltung der
Gewerkschaften dadurch vielleicht doch noch zu vermeiden. Gegen
einige Stimmen gelangte schließlich folgende Resolution zur An-
nahme:

In Erwägung 1. daß die Vertreter der großen Central- resp.
Industrie-Verbände offen erklärt haben, daß sie dahin streben,
den kleinen Gewerkschaften bezw. Lokalverbänden die Existenz-
bedingungen abzuschneiden, um dieselben dadurch zu zwingen,
sich den großen Central- oder Industrie-Verbänden anzuschließen;
2. daß durch einen Abstimmungsmodus, bei welchem nach Kopfsahl
der Mitglieder abgestimmt wird, die großen Centralverbände sich,
wenn sie es wollen, die Majorität haben, während die kleinen
Organisationen niemals einen für sie günstigen Beschluß zu erreichen
imstande sind, beschließt die öffentliche Versammlung der an Holz-
bearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlin und Umgegend
ihren Delegierten zu beauftragen, falls in der bald stattfindenden Ver-
sammlung der Gewerkschaftsdelegierten ein Abstimmungsmodus, durch
welchen die großen Centralverbände sich die Majorität haben, beschloffen
wird, dem Austritt der Gewerkschaft aus der Kommission
schriftlich oder mündlich mitzuteilen und zu erklären, daß dieselbe
an die Berliner Gewerkschaftskommission keine Zahlungen mehr
leistet.

Hierauf wurde vom Vertrauensmann darauf hingewiesen, daß
sämtliche Marken zum Streifensfonds laut Beschluß eingezogen werden
und die Besitzer derselben umgehend abzurufen haben. Außerdem
sollen die alten Reste, die noch vorhanden sind, von den Betreffenden
möglichst beglichen werden. Die Werkstatt-Vertrauensmänner wurden
dringend ersucht bezw. sollen beauftragt werden, ihre genaue Adresse
an E. Sauerzapf, Luisenparkstr. 177, mitzuteilen. Montag,
den 14. d. M., wird eine Vereinsversammlung im „Englischen
Garten“ und Sonnabend, den 19. d. M., ein gemeinsamer Besuch
der Sternwarte in Treptow stattfinden.

Mit der Lohnbewegung der Bautischler beschäftigte sich
eine Vertrauensmänner-Versammlung dieser Branche, welche am
Montag in Cohns Saal tagte. Vertreten waren 125 Werkstellen,
in denen 2050 Gesellen arbeiten. Nachdem die vorige Versammlung
bereits beschloffen hatte, daß die Bautischler in eine Lohnbewegung
eintreten, deren hauptsächlichstes Ziel ist: Erhöhung der Accordpreise,
wöchentliche Kischlagszahlung von 27 M., Stellung von Wenzl und
Wenzl durch den Meister, hat die mit der Leitung der Bewegung
betraute Kommission eine Berechnungstabelle für die Accordpreise
aufgestellt, deren einzelne Positionen von der gegenwärtigen Ver-
sammlung diskutiert wurden. Da je nach der Art der Ausführung
der Arbeiten die Accordpreise in den einzelnen Werkstätten sehr ver-
schieden sind, so gibt die Tabelle nur die Minimalpreise für die
einfachste Ausführung der am meisten vorkommenden Arbeiten an.
Den einzelnen Werkstätten soll es überlassen bleiben, mit
Rückblick auf ihre besonderen Verhältnisse einen eigenen Accordtarif
nach Maßgabe der vorliegenden Tabelle aufzustellen. Die Kommission
hat sowohl die Freie Vereinigung der Bautischlermeister, wie die
Einigung von den Forderungen der Bautischler in Kenntnis gesetzt.
Die Freie Vereinigung hat sich zu Verhandlungen bereit erklärt,
von der Einigung war noch keine Antwort eingegangen. Mittwoch
wird eine Versammlung aller Vertrauensmänner des Holzarbeiter-
Verbandes zur Lohnbewegung der Bautischler Stellung nehmen,
und Sonntag soll eine öffentliche Versammlung der Bautischler über
die weiter zu unternehmenden Schritte Beschluß fassen.

Die Maler und Anstreicher Charlottenburgs hielten am
2. August eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Meyner
über die Nachhauvorlage sprach. Zum Schluß wurde folgende,
aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution einstimmig
angenommen: Die heutige Versammlung spricht sich ganz entschieden

gegen die „Gesetzesvorlage zum Schutze des gewerblichen Arbeits-
verhältnisses“ aus und verlangt, daß dieselbe vom Reichstage
abgelehnt wird. Ferner verlangt sie, daß die geringe Koalitions-
freiheit der Arbeiter nicht beseitigt, sondern mehr ausgebaut werde.
Als wirksamsten Protest erachtet die Versammlung ferner, daß sämt-
liche Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands sich den gewerkschaft-
lichen Organisationen in Masse anschließen. Die Versammlung
fordert des weiteren sämtliche Kollegen Deutschlands auf, überall
gegen die Gesetzesvorlage zu protestieren, soweit es noch nicht ge-
schehen ist.

Eine sehr gut besuchte Generalversammlung des Social-
demokratischen Arbeitervereins in Spandau fand am Sonnabend
im Hofeschen Lokale statt. Der Vorsitzende, Genosse Schröder,
erstattete den Geschäftsbericht und gab dabei seiner Genehmigung
Ausdruck, daß der Verein sich nach der im Mai d. J. eingeführten
Neuorganisation merklich gehoben habe; nach der von dem Schrift-
führer Kieger vorgelesenen Statistik gehören dem Verein jetzt
183 zahlende Mitglieder, gegen 68 bei der letzten Generalversam-
lung an. Diese verteilen sich auf 26 Vereine, worunter 20 selbst-
ständige Gewerbetreibende, wie folgt: Maurer 28, Brauer 21,
Zimmerer 12, Arbeiter 10, Böttcher 7, Restaurateure 7, Schuhmacher 5,
Töpfer und Cigarrenmacher je 5, Schneider, Schlosser und Bäcker
je 4, Klempner 3, Korbmacher, Kapazierer, Tischler und Porzellan-
dreher je 2, Maler, Klebner, Kaufleute, Rechtskonsultanten, Maschi-
nisten, Portiers, Schmiede, Barbiers und Kupferdrucker je 1 Mit-
glied.

Im Alter von 21 bis 20 Jahren befanden sich 21, im Alter
von 27 bis 31 Jahren 27, im Alter von 32 bis 37 Jahren 37 Mit-
glieder; 13 Mitglieder standen im Alter von 38 bis 42 Jahren, 11
im Alter von 43 bis 47 Jahren und 8 Mitglieder waren über das
Alter hinaus. Der Kassierbericht schloß mit einem Bestande von
94 M. 42 Pf. ab. Die vom Vorstande in Verbindung mit der
Kommission entworfenen neuen Vereinsstatuten fanden einstimmige
Annahme.

Eine recht rege Debatte entspann sich bei dem Punkt
„der Vorkauf gegen die Pöbelhändler Brauer“. Sämtliche Redner
waren darin einig, daß der Vorkauf vollkommen gerechtfertigt sei
und mit aller Energie und Ausdauer betrieben werden müsse. Viel-
fach wurde betont, daß der von Seiten der Berliner Arbeiter-
schaft im stillen verhängte Vorkauf die erhoffte Wirkung
haben würde und der dringende Wunsch geäußert, die Berliner Arbeit-
erschaft möchte in öffentlichen Demonstrationen an dem Vorkauf
Stellung nehmen; wenn von allen Seiten im Sinne des Vorkauf-
beschlusses der Spandauer Arbeiterchaft gewirkt werde, dann löste
der Sieg der letzteren nicht ausbleiben. Schon jetzt zeige der
Vorkauf seine Wirkung. Von Bieber, Kieger, Schröder,
Scholz, Abel u. a. wurde besonders auf das Verhalten der
Restaurateure Freund, Alentich, Hennerdt, Voigt und Witte Woltz,
deren Lokale so lange auf der Lokalliste gestanden, in welchen
aber jetzt Pöbelhändler Wenzl verkehrt wird, hingewiesen.
Schröder, Mitglied der Lokalkommission, erklärt, daß diese
Restaurateure, ebenso wie Lechow in Halensee, von der
Lokalliste gestrichen werden. Ebenso wurden die Wandel mit
den falschen Gebunden, sowie die Klage der Pöbelhändler Brauer
gegen Wehe gebührend kritisiert und zur thätigen Unterstützung
des geschädigten Wirtes, Wehe, aufgefordert. Auf Antrag Kiegers
wurden die beiden Restaurateure Alentich und Hennerdt,
welche bisher dem socialdemokratischen Arbeiterverein als Mitglieder
angehörten, wegen ihres disciplinlosen Verhaltens aus dem Verein
einstimmig ausgeschlossen.

Näbersdorf. Hier tagte am 6. August eine Versammlung des
Arbeiter-Bildungsvereins, in der Genosse Waagner einen reichlich
ausgenommene Vortrag hielt. Es wurde sodann die Einberufung
einer Banarbeiter-Versammlung in Erwägung gezogen und die
Errichtung einer Zählstelle der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfs-
arbeiter geplant.

Zusammenkunft der Schleswig-Holsteiner am Mittwoch, den
9. August, in Heinsfelds Hof, Alte Jakobstraße 75. Sonntag, den
13. August, Familienausflug nach Schmargendorf, Restaurant Sankt-
Johann.

Vermisches.

Unwetter und Brände. Aus allen Teilen der Provinz Posen
gehen Nachrichten über Brände durch Blitzschläge ein. Im Dorfe
Odra sind infolge Blitzschlages acht Wirtschaften total eingeäschert.
Fast nichts ist gerettet. Auch Vieh ist bedrückt; der Schaden ist
sehr groß. — Aus Thorn wird berichtet: Ein Waldbrand ver-
nichtet 200 Morgen Wald der Gemeinde Sülzeryn und der Parzei
Stolerehns. Der Schaden wird auf 8000 M. geschätzt. Die Aus-
breitung des Feuers auf den Wald der Stadt Thorn wurde durch
von dort abgeleitete Arbeitskolonnen verhindert. — Montagabend
wurden durch einen Blitzschlag bei Heidem Sommerfeld zwei beim
Schornsteinbau in Oberklinge bei Sommerfeld beschäftigte Maurer-
lehrlinge getötet; ein Maurergeselle wurde schwer verletzt.

Ein Großfeuer in Brandenburg a. S. entstand in der
Gehr-Reichmeyer'schen Fahrradfabrik (Brennabor-Werke), welche circa
8000 Arbeiter beschäftigt. Die Entstehungsurache ist noch nicht auf-
geklärt. Das Feuer brach in der Nacht vom Montag zum Dienstag
2 Uhr früh aus, ergriff das Maschinenhaus, die Kalanderei und die
gesamte elektrische Anlage. Gegen 2 1/2 Uhr erfolgte eine
Benzinexplosion, wobei zwei Feuerwehrlente verletzt und
einer getötet wurde, leibter war ärztliche Hilfe nicht
sofort am Platze. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen,
dürfte jedoch sehr bedeutend sein. Die allgemein besorgte Dampf-
loks-Explosion trat glücklicherweise nicht ein.

Eisenbahnunfälle. Montagabend sechs Uhr sind auf der
Neubaustraße Jablonowo-Biesenburg, zwischen Duwalds und
Schornborn, zwei Arbeitszüge zusammengefahren. Ein Lokomotiv-
heizer und zwei Arbeiter sind schwer verletzt; beide Maschinen
und zwei Wagen sind beschädigt. — Auf der Station Wommen ist
gefahren eine Mutter, mit ihrer Tochter auf der falschen Seite eines
Personenzuges ausgestiegen und von einem nach Wehra durchgehenden
Schnellzug überfahren und zermalmt worden.

In Worms ist die Frau des Kaufmanns Boglmann wegen
Giftdiebstahls an ihrem Gatten verhaftet worden. Der
Beschuldigte hierzu verdächtig wurde ein U. Keroffizier, der
ein Liebesverhältnis mit der Frau unterhalte, festgenommen.

In Peteröburg ist das Gebäude des Marine-Kadettenkorps
von einem großen Brande heimgesucht worden. Nach einseitiger
Thätigkeit gelang es der Feuerwehr unter Mitwirkung von Militär
den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Dachstuhl des Ge-
bäudes ist bis zum Observatorium vollständig niedergebrannt, das
letzte selbst zum größten Teil vernichtet.

Eine unheimliche Familie. Kaiser Franz Josef hat den
wegen Ermordung seines dreijährigen Töchterchens vom Schwur-
gericht in Wien (Wöhnen) zum Tode durch den Strang
verurteilten 19-jährigen Tagelöhner Heinrich Wühl begnadigt;
der oberste Gerichtshof hat daraufhin die Todesstrafe in
eine fünfzehnjährige schwere Kerkerstrafe umgewandelt. Heinrich
Wühl ist der letzte Ueberlebende von drei Brüdern, die sämtlich
wegen Mordes verurteilt waren. Zwei von ihnen, Karl und Johann
Wühl, hatten ihren eigenen Vater ermordet. An Karl Wühl wurde
die Todesstrafe vollzogen, während Johann Wühl, der zu zwanzig-
jährigem Kerker begnadigt wurde, in der Strafanstalt starb. Ver-
merkwürdiger ist, daß das Haus, in welchem die „Wöhlfamilie“
wohnte und aus welchem noch ein anderer Mörder hervorgegangen
war, leer steht, da trotz herabgesetzter Mietpreise niemand in dem
„Mörderhause“ wohnen will. Der Besitzer hat daher um die er-
forderliche Bewilligung zu Demolierung des Hauses nachgesucht, um
wenigstens den Bauplatz verkaufen zu können.

Eingegangene Druckschriften.

Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, Dietl Verlag) ist soeben das 46. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Schicksal des Militärischen, von H. Schatz I. - Kassenkampf, Drama und Kassenkampf, Dichtungen, Antwort an A. Kautsky von G. Bernheim, (Erlaubt) - Die Voge der Bureau-Angelegenheiten, von Ludwig Hoffmann, - Vitterliche Kundgebung, G. Gohm, Das Schicksal des Militärischen in den deutschen Großstädten und seine Reform, von G. Gohm, Kassenkampf, II. Socialismus, - Kassen: Immer die selben, von F. M. Ginge, Daten aus der medizinischen Vergangenheit der Frau, von Rudolf Sombart, Bern, R. S. Sombart, Schenkung an die 'New Yorker Zeitschrift', - Festschrift: Ein Blatt aus dem Leben der Enten, von Rob. Schweidel, (Fortsetzung)

Marktpreise von Berlin am 7. August 1899

Table with 4 columns: Item, Price, Item, Price. Includes items like Weizen, Roggen, Futtergerste, etc.

* Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Rotationsstelle - und umgerechnet vom Polzeispreissystem für den Doppel-Centner.

† Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 8. August. Brotgetreide wurde am Freitag bei hohem Verkehr zu ungewöhnlich hohen Preisen gehandelt.

Am Spiritusmarkt machte sich bedeutende Nachfrage für Voco-ware geltend. Am Rente waren 10 000 Voco, die mit 12,50 (+ 0,00) gehandelt wurden.

Briefkasten der Redaktion.

Die nächsten juristischen Sprechstunden finden ausnahmsweise am Donnerstag und Freitag nicht von 6, sondern erst von 7 Uhr ab statt.

H. P. 30. Werden Sie sich in Hamburg an den Vorsteher der Arbeiterorganisation, Kellermann, Schwanthor 7, in Bremerhaven kann Ihnen vielleicht die Redaktion der 'Zeitschrift', Am Markt 6, Auskunft geben.

J. D. Waschnitz. Die Gesellschaft ist sicher und nicht entleert mit Unternehmungen wie Kolonialreisen etc. zu vergleichen. Die Frage, ob sich der Eintritt für Arbeiter empfiehlt, ist jedoch schwer zu entscheiden.

H. Lunaritz. Derartige Mitteilungen bringen wir aus, wenn sie vom Vereinigungen legitimiert sind.

H. W. Sie sollten doch eigentlich wissen, daß eine Zeitung so wenig ohne Belegen in solcher Sache vorgehen kann, wie Sie selber. Reden Sie, wenn Sie von einer Angelegenheit wissen wollen, mit dem Vorstehenden Ihrer Gewerkschaftsorganisation über den Fall.

B. S. 1858. 1. Nachdem die Rente gezahlt ist: ja. 2. Nein. 3. Nein. 4. Nein. 5. Ja. - W. 28. Der Anspruch auf Unterstützung der Familienangehörigen zu Friedenszeiten ist bei der Gemeindefürsorge des Orts zu erheben, an dem der Unterhalt zur Zeit vor der Lebensjahre gewöhnlichen Aufenthaltsort hatte.

Es genügt etwa folgendes Schreiben: An den Magistrat (Wahlmänneramt) von ... Ich bin (war) vom ... bis ... in einer Reserve (Landwehr) Abteilung eingesetzt. Ich beantrage für meine Familie die ihr zustehende Unterstützung. Meine Familie besteht aus meiner Frau und ... Kindern. Die Kinder sind geboren: Debitus am ... August am ... (Name, Name, Name). Der Antrag erlischt, wenn er nicht spätestens binnen 4 Wochen nach Beendigung der Wehrung erhoben wird.

Die tägliche Unterstützung beträgt für die Ehefrau 30 Gros, für jedes Kind unter 15 Jahren 10 Gros, insgesamt aber für die ganze Familie höchstens 60 Gros des ordentlichen Tagelohns. Solche Unterstützungen sind keine Armen-Unterstützungen. Wo der ordentliche Tagelohn 3 R. beträgt, beträgt also der höchste Satz 1,50 R.; wo er 2,70 R. beträgt, 1,62 R. täglich.

Emil R. Ist in dem Vertrag die Zahlung zum ersten und zweiten verzeichnet, daß dem Wirt im Falle unzulässiger Zahlung das Ermittlungsrecht zusteht, so ist solche Vereinbarung gültig. Ist solche Vereinbarung nicht getroffen, so steht dem Wirt bei unzulässiger Dienstleistung nach dem Ermittlungsrecht zu. Ist die Ermittlungsfunktion vereinbart und unzulässige gezahlte Miete ohne Vorbehalt oder dergleichen angenommen, so handelt der Wirt gegen Treue und Glauben, wenn er dennoch die Ermittlungsfunktion anheftet und sich deshalb in solchem Fall in der Regel abgrenzt. Andere liegt es, wenn der Wirt seinen Willen, daß pünktlich gezahlt werden sollte, zu erkennen gibt. Dann muß von der Erklärung dieses Willens ab, z. B.

von dem Vorbehalt ab, pünktlich gezahlt werden, weil sonst die Ermittlungsfunktion wirksam werden kann. - G. G. Ist nicht mehr möglich. - Spieler 100. Nachdem Sie als Anhalter die Aufnahme in den preussischen Staatsverband nachgesucht hatten, mußte Ihnen, wie wiederholt dargelegt, die Aufnahme in den preussischen Staatsverband erteilt werden. Diese ist Ihnen auch erteilt. Sie sind nunmehr Preuss. und Anhalter und können beide Staatsangehörigkeiten behalten. Der Wunsch, der sich in den Berliner Anhalter-Verband nachdringlich äußert, besteht: 'Es wird Ihnen eine Einigung gestellt, nämlich aus dem Anhalter-Verband auszutreten, ist völlig bedeutungslos und verpflichtet Sie keineswegs, den nächsten und wichtigsten Schritt des Austritts aus dem Anhalter-Verband zu beantragen. - Keintoch. Die Bezeichnungen haben Anhang auf die Unterstützung. Dem Mangel an Mitteln ist durch das von uns wiederholt beschriebene Gesetz vom 1. Juli 1899 abgeholfen. - G. G. - J. M. Köpenick. Den üblichen Lohn kann er entlassen. - G. G. Klein, die Summe müßte niedriger sein. - Ehlers. Eine genauere Darlegung der Verhältnisse, insbesondere der genannten Angabe des Alters, ist Ihre Frage nicht zu beantworten. - Kniprecht. Das Patentamt befindet sich in der Luisenstraße 32-34. Für jedes Patent ist vor der Erteilung eine Gebühr von 30 R. zu entrichten. - Charlottenburg, Ja. - P. S. 17. Sind die 2 R. Gerichtskosten noch abgezogen von den abgerechneten Entschäden, so sind sie zu zahlen. - Fr. R. Langeler. 66. 1 und 2; nein. - G. G. L. 2. Klagen können angehängt werden. Ob die neue Klage etwa dasselbe wie die alte verlangt, ist ohne Einfluß in dieselbe nicht zu beantworten.

Witterungsübersicht vom 8. August 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Wind, Windstärke, Wetter, Temp. u. G., Stationen, Barometer, Wind, Windstärke, Wetter, Temp. u. G.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 9. August 1899. Ein wenig kühler, zeitweise heiter, vielfach wolfig bis mäßigen nördlichen Winden und etwas Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 9. August. Neues Oper-Theater. Die Medea. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Die Erziehung zur Ehe. Die Stille Biederkeit. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues, Kleines, Oper-Theater. Die Medea. Anfang 8 Uhr. Schiller. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Der Heiratsmarkt. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Geminal oder: Der Streif der Bergarbeiter. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Rana. Anfang 8 Uhr. Ostend. Die Kubanerin. Anfang 8 Uhr. Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Central-Theater

Direction: José Ferenczy. Musikpiel-Gesellschaft (Hilf) Kruse von Hl. Schwanenbühl. Herr Otto Pahl von Schiller-Theater, Herr Rich. Ewald vom Thalia-Theater als Gäste.)

Der Heiratsmarkt.

Schauspiel in 3 Akten v. G. Ostrowski. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Größter Saison-Erfolg!!! Berlin lacht! und das reizende Presse-Ballett.

Hierzu: Neues Spezialitäten-Programm. U. a. Robinson Baker-Trio, Japanesen Fubushima Truppe, Werner-Amoros-Company etc. etc. Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Abends 9 Uhr: Frau Luna mit dem Luftballett Grigolatis

* Otto Reutter * und 10 Spezialitäten. Garten-Konzert 7 Uhr. Vorverkauf täglich im Theater und beim 'Künstlerdank', Unter den Linden 60.

Pahlmanns Vaudeville-Theater

Führer: P. Pahlmann. Schön, Allee 148, Kolln-Allee 97/99. Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Prater-Theater

Rahnen-Allee 7/9. Täglich: Dornes Res. Vorstellung mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schulz, Musik von H. Kerben. Schimmschritte, Prater, Lucie Sarow, Gehr. Mirado, Grot. Quert. Tanza-Quartett, Gesang und Tanz. Die 3 Schindbrunn, humoristische Bilderbuch, The 4 Flashes, Circus-Trio, Ballettessen (Sah) Döring, Vendaro-Trio, Exercitien am Parade-Tropez, Daniel-Truppe, Wolltante.

Konzert und Ball. Eintritt Sonntag und wochentags 30 Pf., mit Platz 50 Pf., Kalbo.

Reichshallen.

Garten resp. Saal täglich: Stettiner Sänger (Mensl.)

Vierro. Witton, Steidl, Krone, Kirschmayer, Schmelzer und Schrader.

Konzert und Ball. Eintritt Sonntag und wochentags 30 Pf., mit Platz 50 Pf., Kalbo.

Die Kubanerin.

Gr. Frankfurterstraße 132. Novität! Die Kubanerin. Musikales Schauspiel in 7 Bildern v. Ostrowski. Anfang 8 Uhr. Borgundbüchel haben Gültigkeit. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Heut im Garten: Kinderfreudenfest. Neues August-Programm. 27 Nummern. Anfang 8 Uhr. Sinfonisten haben Gültigkeit. Sonntag: Sommerfest der vereinigten Theatermeister.

Friedrich-Wilhelm-Theater

Chausseestr. 25/26. Zum 2. Male! Abends 8 Uhr: 'Germinal' oder: Der Streif der Bergarbeiter.

Societät Drama in 6 Akten nach dem gleichnamigen Roman v. Emile Zola. Regie: Leon Ostrower. Im Friedrich-Wilhelmst. Konzertpark: Jeden Abend ungewöhnlicher Vortrags der Emittationshoffe: Berlin amüsiert sich!

Contrafakt: Vera Harrison, Mlle. Popolair, Fritze Guldner, Professor Evangel. Bernhard Hartmann als 'Sänger'.

Rich. Darnett, Salom-Antschin, hebt u. a. ein Piano mit dem Pianisten. Vally Grant-Truppe, Afrobaten etc. Außerdem 20 Spezialitäten. Eintritt 50 Pf.

Urania

Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr: im Theater: Das Land der Fjorde.

Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum

Geföffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Neu! Neu! Das urkomische Bückeberger Bauern-Ensemble.

Anfang der Vorstellung 6 Uhr abends.

CASTANS PANOPTICUM

Die sensationellen lebenden Photographien! In Lebensgröße.

Die russische 'Mignon' Damskapelle, in moskowitzischen Kostümen. Viele neue plastische Gruppen und Figuren.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 14-15. Artistische Leitung: Paul Witzth. Täglich: Großes Garten-Konzert.

Auftreten des größten Schachspiel- u. Spezialitäten-Personals. Nur erstklassige Kräfte.

Georg Fischer (Viehdarsteller), Ernst Kühne (Charakter-Komiker), Fritz Verri (Kostüm-Soubrette), Florenz Carola-Troupe (Reliance-Act), Clara und Paul Clemens (Transformations-Duo), Ling-Fuing (Chinesische Akrobaten), The Cowas (Original-Greenticks).

Neues gediegenes Familien-Programm. Eintritt: Wochentags 20 Pf., Nummerierter Platz 40 Pf. Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. In den Resttagen: Großer Ball. Die Raucherklubs ist geöffnet.

Schweizer-Garten

Am Königsdorfer (Ringbahn) Am Friedrichshain. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Jeden Mittwoch: Großes Familien- und Kinderfest. Auftreten des neuen Künstler-Ensembles.

Jeden Abend von 10-11 Uhr: Nobilität. Der Ober-Bonze von Kiantschon. Ausstattungs-Bücherei mit Gesang in 3 Bildern von J. Schneider. - Musik von Max Schmidt.

Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: Ball.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs 71 Rüdigerdorfer Straße 71, am Rölliner Platz. Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Nur erstklassige Nummern. Anfang: Sonntag 4 Uhr, Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sonntag Nachmittag 20 Pf. Anfang: Montag 5 Uhr, Entree 10 Pf. Kinder 5 Pf. Sonntag Nachmittag 10 Pf. Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger. Hermann Imbs, Direktor.

W. Noacks Theater,

Brennenstraße 16. Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Die Vindemwirtin. Niederpiel in 1 Akt von O. Richter u. E. Bräune. Musik von A. Ziehe.

Das Blumenmädchen vom Moritzplatz. Volkstümlich mit Gesang in 2 Akten von Johann Ehner. Im Saale: Tanzstrümpfen.

R. Ballschmieders

'Kastanienwäldchen' Konzertgarten u. Prachtjäde Badstr. 16, Gesundbrunnen. Badstr. 16. Täglich: Gr. Promenaden-Konzert. Jeden Donnerstag: Elite-Strich-Konzert. Sonntags: Großer Ball im neuerbauten Saal. Empfehlung meine Säle zu allen Festlichkeiten. R. Ballschmieder.

Achtung! Kürschner. Achtung

Sonnabend, den 12. August er: Grosses Sommerfest im 'Schweizer-Garten', am Königsdorfer

arrangiert von den Vertrauenspersonen der Berliner Kürschner. Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

Gefangenschaft des Gesangsvereins 'Berliner Kürschner' (R. d. K. S. S.)

Den verehrten Damen ist die Kaffeeklatsch von 3 Uhr an geöffnet. Anfang des Konzerts 4 Uhr.

Billet 50 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 60 Pf. nach. Sämtliche Kolleginnen und Kollegen sowie Freunde und Bekannte sind freundlichst eingeladen.

Treptow. Park-Restaurant

C. Ludwig, früher Jakob. Morgen, Donnerstag: Erntefest mit vielen Überraschungen.

Jeden Sonntag: Frei-Konzert und Großer Ball. 8 neu renovierte Regebahnen. Kaffeeklatsch der Neuzeit entsprechend. Lagerbier 1/2 15 Pf. ff. goldlares Weibier vom Jah.

Advertisement for Dr. Thompson's Soap. Includes image of a woman washing clothes and text: 'Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste Waschmittel der Welt ist Dr. Thompson's Seifenpulver'.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 R. Plomben 1,50 M. Teilzahl. Wochentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Victoria-Brauerei

Löhnerstraße 111/112. Im Naturgarten oder Saal: Täglich Sommerfeste der Norddeutschen Sänger

(Führmann, Horst, Walde). Auf Sonntag präc. 7. wochentags 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Borverl. 40 Pf. Familienbilletts 3 = 1 R. Sonntag und Donnerstag nach der Vorweisung: Tanzkränzchen.

Bier-Quelle 'Süd-Ost'

Empfehle allen Freunden und Genossen mein Weis- und Bayerisch-Bierlokal. Reinhold Schütze, Reichensbergerstraße 60a, in nächster Nähe des Stubentien-Bades. Bierstimmer mit Piano, fassend 40-50 Personen, steht zur Verfügung.

Teilzahlung

monatlich 10 Pf. liefert elegante Herrengarderobe n. Maß. Temporowaki, Schneiderstr. 10, II., an der Annenstr. (Nah) barer Gasse billige Preise.)

Hans Kayser

Gärtner Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Haben Sie Wanzen??

Dann ist es Ihre eigene Schuld! Wenn Sie das Buch über 'Ungeziefer-Plage', welches gratis und franco (als Biet gegen 20 Pf. Wanzen) an jeder mann gelangt wird. 22999! In diesem Buchchen findet man genaue Anweisungen: Wanzen, Schwaben, Ameisen, Fliegen etc. gründlich und dauernd zu vertilgen. R. Hofers, Berlin, Platenstraße 92.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt! Spezialarzt für Haut- u. Harnleiden. Frauen-Krankheiten. Schöneberger Ufer 25. Spr. 9-1. 4-7. Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstraße 114, 1.

Böhmisches Brauhaus

Telephon: Amt VII, 5088 Landsberger Allee 11/13 Amt VII, 5088 offeriert seine als vorzüglich bekannten Biere

helles und dunkles Lagerbier, Nepomukbräu, Pilsener Art, Gambrinusbräu, Münchner Art, unter den vollkommensten Bedingungen. 23039

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Mittwoch, den 9. August 1898, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei grosse Versammlungen.

Für die Mitglieder der Zahlstellen des Verbandes von Berlin und den Vororten:
In den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.

Für die Vertrauensmänner-Zentralisation:

In Quarz Grand Hotel, Alexanderplatz, Eingang von der Königstraße.
Tagesordnung in beiden Versammlungen:

Berichterstattung und Beschlussfassung über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Die Nennerkommission. J. H.: G. Kube. Th. Fischer.

Mit dem Besitzer der „Arminhallen“ ist das Abkommen getroffen, daß während der Versammlung kein Bierbesitzer Bier verzapft wird.

Achtung! Maurer. Achtung!

Mittwoch, 9. August, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:
Grosse öffentliche Versammlung

der Maurer Berlins und Umgegend (Vertrauensmänner-Zentralisation).

Tages-Ordnung:

1. Bericht und Abrechnung der Lohnkommission vom 1. Januar bis 15. Juli d. J.
 2. Revisionsbericht.
 3. Wahl eines ersten Vertrauensmannes der Maurer Deutschlands.
 4. Verschiedenes.
- 191/2
Resolven! Es wird notwendig sein, diese Versammlung gut zu besuchen. Auch ist dafür Sorge getragen, daß gutes bogelfreies Bier verzapft wird.

Die Lohnkommission. J. H.: Fritz Kater.

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 10. August, abends 8 Uhr:

Zwei Versammlungen

der Zahlstellen Berlins und Umgegend des Centralverbandes deutscher Maurer.

1. Borussia-Säle, Adlerstr. 6-7.
2. Gossmanns Festsäle, Kreuzbergstr. 48.

Tagesordnung: 1. Die Kridellen der Wähler-Kommission. 2. Stellungnahme zu dem am 2. d. M. vom Vorstand des deutschen Arbeitgeber-Verbandes gefassten Beschluß betreffend die Einführung unparitätischer Arbeitsnachweise.
137/5
Guten Besuch erwartet
Die Verbandsleitung. J. H.: E. Pausler.

Jedermann muß besitzen die in vierter Auflage erschienene Broschüre:

Die Rechte und Pflichten des Mieters

nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Kommentar zum Mietrecht von Rich. Lipinski.
Die Broschüre ist auf Grund der Motive und Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet, giebt in 24 Abschnitten klaren Ueberblick über das Mietrecht, ist gut ausgestattet, 32 Seiten stark und kostet 20 Pfennige, Porto 3 Pfg.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs, sowie durch die Verlagsbuchhandlung von Rich. Lipinski, Leipzig, Reudnitzstr. 11.

Tüchtige Kolporteurs werden noch vom Verlag allerorts bei hohem Verdienst gesucht.
2345L.*

Rehlitz' Garten u. Saal
500-600 Personen fassend, f. Sommer- und Winterfeste, Anwalddenkmal 84. (4748)

Dr. Simmel
Horstplatz, 1. und 2. Stock, an der Aschmünder Str. 2
Spezialarzt f. Haut- u. Hauterkrankungen.
10-12, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.*

Schnegelsbergs Festsäle
Hasenheide No. 21 - Jahnstraße No. 8.
Inh.: Max Schindler, Telefon: Amt IV 1132.
Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken u. meiste Säle, 500 u. 1200 Personen fassend (mit Bühne), zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Mittwoch u. Sonntag: **Grosser Ball** mit Schlangen- und Boule-Tänzen und diversen Ueberraschungen.
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung**. Gützlich frei.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, 9. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Seubstr. 20/21:

Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Branchen.
Tagesordnung:
Die Lohnbewegung der Bautischler. Werkstattdifferenzen.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
108/9
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Donnerstag, den 10. August 1899, abends 8 1/2 Uhr, bei Zabell, Lindenstr. 106:

Einsparungs-Versammlung für Berlin und Vororte.

Tagesordnung:
Die Lohnbewegung der Bautischler und der Einsparer.
Wünscht jedes Kollegen ist es zu erscheinen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Charlottenburg.)
Donnerstag, den 10. August 1899, abends 8 Uhr, in der **Gambrius-Brauerei**:
108/13

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Forderungen der Bautischler und wann stellen wir dieselben.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
108/13
Ohne Mitgliedbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter!

Mittwoch, den 9. August, abends 7 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27c: 274/2

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Verschiedenes.

Achtung! Weihensee. Achtung!

Donnerstag, den 10. August, abends 8 Uhr, Albrechtshof, Neu-Weihensee, Parstr. 13:

Öffentl. Volks-Versammlung für Männer u. Frauen.

Tagesordnung: 1. Das Christentum in alter und neuer Zeit. Referent: Professor Dr. Alb. Gehre. 2. Die neue Kirchensteuer und der Austritt aus der Kirche. 3. Freie Diskussion.
Die Geistlichen sämtlicher Religionsgemeinschaften sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.
Eintritt pro Person 10 Pf.
Der Einberufer:
Antrittsformulare sind gratis zu haben in Berlin bei G. Bohne, Brunnenstraße 141. Fr. Buckow, Friedrichsbergstraße 35 IV. Ad. Hoffmann, Blumenstraße 14. H. Hasch, Weidenweg 71. E. Lindemann, Moritzstraße 9. Neu-Weihensee bei M. Schröder, Königshausen 40a.

Wir bitten Kollegen, Freunde und Bekannten zur Nachricht, daß ich
Zimmerstraße 64
einen
Ausschank der Brauerei Germania
Akt.-Ges.
17285
eröffnet habe.
1) Liter Bayerisch 10 Pf.
2) 1 große Weiße 15 Pf.
Brauerei Heinrich Enders.

Am Montagnachtsmittag 4 Uhr endschiel samt mein lieber Mann, Bruder, Schwaiger und Onkel

Karl Bittkow

im 63. Lebensjahre. 18925
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. d. M., nachmitt. 3 Uhr, vom Trauerhause, Elisabeth-Str. 13, aus statt.

Todes-Anzeige.

Am Sonntagmittag 12 1/2 Uhr starb unser einziger lieber Sohn, der Mechaniker
Karl Schmidt
nach langem Leiden an der Proletarierkrankheit im 21. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Mittwochnachtsmittag 5 1/2 Uhr von der Andreaskirche zu Wilhelmshagen aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Karl Schmidt, Münchenerstraße 28.

Socialdemokratischer Wahlverein

den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Heinrich Wagner,
Frankfurterstraße 16, verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Westlichen Krankenhaus, Bismarckstraße, aus nach dem St. Pauli-Kirchhof in Köpenick statt.
Bedeutende Beteiligung erwartet.
247/18
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.
(Zentrale in Berlin.)
Am Sonntag, den 6. August, verstarb unser Mitglied, der Weber
Oskar Thiele
an der Proletarierkrankheit. 272/4
Die Beerdigung findet heute, Mittwochnachtsmittag 4 Uhr, vom Trauerhause, Weidenweg 39, aus nach dem katholischen Kirchhof in Wilhelmshagen statt. - Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Danksagung.

Allen denen, die unserem teuren entschlafenen Vater **Friedrich Hinz** die letzte Ehre erwiesen haben, besonders dem Personal der Bestattungsanstalt Köpenick, die ich hiermit öffentlich dankbar anerkenne.
18055
Die Hinterbliebenen.

Berein d. Ladierer, Zentrale 4.

meinen herzlichsten Dank für Kranzspenden und innige Teilnahme am Grabe meines verstorbenen Vaters.
18075
Frau Anna Müller.

Beachtenswert für die Konfirmation!

Schwarze Stoffe
in überraschend reicher Auswahl und bekannter Preiswürdigkeit.
S. Weissenberg,
125, Gr. Frankfurterstraße 125.
Special-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort frei, nur das erste Wort nicht.
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Rudolphstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Brillante Kapitalanlage. Ganz futuristischer Gegenstand, elektrische Strohdampf, nahe Bahnhof, hoher Ueberdruck, unter Wert veräußert. Depositen geregelt. Anzahlung 8000 Mark. Selbstläufer - Effekt unter 5 Pf an die Expedition dieses Blattes. 17496
Wied- und Vorkauf-Geschäft mit Rolle preiswert zu verkaufen. Billige Preise. Heineke, Ringbahnstraße 115.
Dianin, fast ungebraucht, herrlicher Ton, billig, Vorstraße 22, Kleiderladen. (Schilder verbeten.)
Möbel und Porzellan, auch ganze Einrichtungen empfiehlt Franz Tugauer, Brunnenstraße 162. (18799*)
Stoppdecken kann man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik E. Strohmangel, Berlin, Wallstraße 72, wo auch alte Decken ausgearbeitet werden. 19335*

Betten, Schlafdecken, Steppdecken, Portieren, Kleidungsküße, Teppiche, Tischdecken, Reisekoffer, Regulatorien, Reizantiröhren sportbillig. Pfandleibe, Alexanderstraße 6. 97/3*
Strickmaschinen für Familien- und Hausgebrauch, auch auf Teilzahlung. Gustav Breder, Engel-Ufer 20. 713
Nähmaschinen, Singer-Kingsliff, Bobin Schnellnäher, Adler, Weiler-Wilfen, Teilzahlung ohne Anzahlung. Bestellung: Postkarte, Granowstr. 3, Plantagenstraße 42. 710*
Möbel, bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Gee Königbergerstraße. 142*
Fahrräder, Teilzahlung, wählige Anzahlung, Verkauf direkt in Fabrik, auch Sonntags, einjährige Garantie. Renner, Damenräder, Tandems, Tourenräder, Kinderräder. Imperial-Fahrradwerke, Dissenbachstraße 33.

Vereinzimmer, 40 Personen fassend, frei. Gustav Ladeberg, Kommandantenstraße 66, nahe Alte Jakobstraße. 19629*
Unfallkassen, Klagen, Eingaben Puffer, Steglitzerstraße 65. [11235*]
Cuttungs-Marken und Kautschuk-Stempel liefert seit 20 Jahren für tausende Kassen und Vereine Jean Gölze, Hamburg, Große Drehbahn 45. Illustrierte Preislisten gratis. (134/1)
Elektra, Prinzengraben 55. Praktische Ausbildung in allen Elektromonteur-Arbeiten. Abendkursus. Aufnahme jederzeit. Prospekt gratis. [868*]
Elektrotechnik. Neuer Abendkursus. Jachon, Alte Jakobstraße 24.

Vermietungen.
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle für Herrn bei Frau Ruth, Pückerstraße 48. 734
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Hausreinigung wird zum 1. September gesucht. Meier, Seebestr. 20.
Stellenangebote.
3.50 Feuerversicherung Bauwesenstraße 3. 93/1*
Bergolber verlangt Müller, Goldleihenfabrik Fruchtstraße 63. (17899)
Silber-Nagelmacher werden verlangt. Kottbuser-Ufer 32. 17925

Wassergehilfe. der mit dem Bilderrahmen schneiden verfahren ist, aber nur erste Kraft, verlangt Paul Tiede, Dorothienstraße 60. 17975
Bäcker, junger, verlangt Hamburger, Bernauerstraße 49. 798
Einsparer für Goldleihen verlangt Andreasstraße 10. 18065
Tüchtige Einsparer verlangt Hermann, Hennig & Co, Goldleihenfabrik, Zeughausstraße 21. 794
Webergesellen auf Teit- und Maschinenarbeit verlangt Chemiefabrik, Ordner Weg 103. 18030
Arbeiter und Arbeiterinnen verlangen Gehr. Siemens & Co, Charlottenburg, Salz-Ufer 2. 17946*
Babymäntel - Arbeiterinnen verlangt Pahlow, Kiondstraße 2. 1*
Kaufmann-Frau verlangt Reichensbergerstraße 90a, Restauration. 734
Tüchtige Belegerrinnen auf Goldleihen verlangt Kleiningerstraße 15 734*
Tüchtige Belegerrinnen verlangt Neumann, Hennig & Co., Goldleihenfabrik, Zeughausstraße 21. 794
Arbeiterinnen und Macherin in und auherm Haus sofort gesucht. Behr möchten werden angenommen, 1200 Lohn. R. Richter Holzmarktstraße 60.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
Robert Döngels, Prussenstr. 30, O. 2. Vogel Wwe., Kopenstr. 83. Chr. Schulz, Blumenstr. 14.
Nordosten:
J. Reul, Varnitzstr. 42.
Norden:
W. Gahmann, Grünthalerstr. 65. Karl Mars, Antanien-Allee 95/96. Emil Tzolzenburg, Wiesenstr. 14. G. Teichand, Rüchelerstr. 24. G. Vogel, Dommitzerstr. 32. A. Tisch, Anwalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweidestr. 8.
Südwesten:
F. Chneforge, Bergmannstr. 23, O. II. G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
Gand Soale, Drosselstr. 52/53. F. Gutschmidt, Rottbuser Damm 8.
Südosten:
Fritz Thiel, Staligerstr. 35. W. Geise, Brangestr. 68. Martin Meise, Adalbertstr. 24.
Centrum:
V. Gorch, Gorchstr. 77.
Charlottenburg:
Gust. Schornberg, Schilderstr. 91 1. A. Tisch, Roter Friedrichstr. 37 b. 1.
Friedenau:
G. Benzer, Rüdigerstr. 15.
Friedrichsberg:
Anton Kopp, Friedrichstr. 4.
Pankow:
Kummer, Roter Friedrichstr. 15.
Rixdorf:
C. Cherman, Ordstr. 6. G. Reperan, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
Wilh. Baumier, Apollonplatz 13.
Weissensee:
Julius Badmann, Seebestr. 1. Julius Schäfer, Königshausen 30a. Rob. Liebschwager, Gustav-Alfolf-Str. 16.

Verantwortlicher Redacteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Wolke in Berlin. Druck und Verlag von Max Pabst in L. III.